



Eidgenössische Technische Hochschule Zürich  
Swiss Federal Institute of Technology Zurich



Institut für Raum -und  
Landschaftsentwicklung

Professor Dr. Alain Thierstein

Professur für Raumordnung

++41 633 29 74

++41 633 10 98

Thierstein@nsl.ethz.ch

www.nsl.ethz.ch

ETH Hönggerberg HILH 41.3

CH - 8093 ZÜRICH

FACULTÉ ENAC – Environnement Naturel, Architectural et Construit  
INTER – Institut du développement territorial



Communauté d'études pour l'aménagement du territoire  
Av. de l'Eglise-Anglaise 14 • CP 555 • 1001 Lausanne • tél. 021 693 41 65 • fax 021 693 41 54 • <http://ceat.epfl.ch>

## **Die Modellvorhaben der Agglomerationspolitik: Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung**

### **Wirkungsabschätzung von neun Agglomerations-Modellvorhaben**

Erstellt durch:

Alain Thierstein, IRL-ETH Zürich

Louis Boulianne, CEAT-EPF Lausanne

Simone Gabi, IRL-ETH Zürich

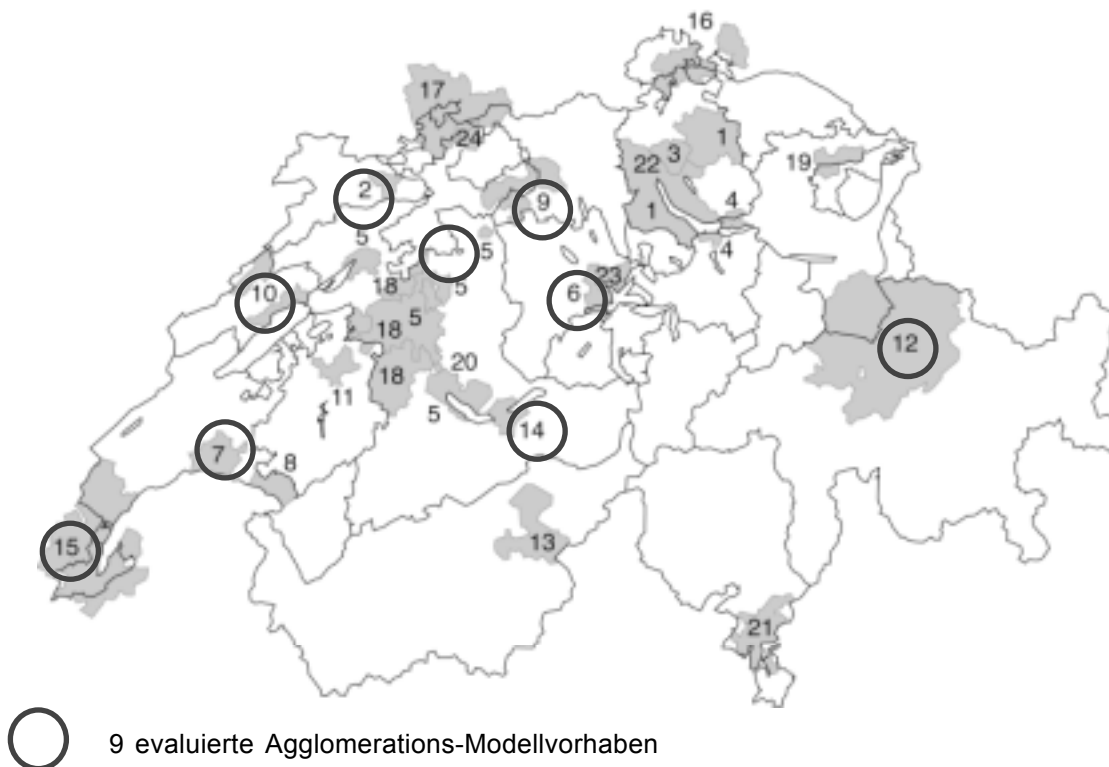
Mark Reinhard, CEAT-EPF Lausanne

Zürich/Lausanne, im Dezember 2004

## **Inhaltsverzeichnis**

1. Aufgabenverständnis, Vorgehensweise und Aufbau	3
2. Steckbriefe der neun evaluierten Modellvorhaben	7
3. Einschätzung der wirtschaftlichen Effekte (Synthese)	26
4. Empfehlungen	34
5. Strategischer Ausblick	43
Literatur	45
Anhang 1 : Gesprächsleitfaden	46
Anhang 2: Liste der Interviewpartner	48

## Übersicht über die neun evaluierten Modellvorhaben



1	Publikumsintensive Einrichtungen der Agglo Zürich/Winterthur	13	Agglomeration Brig-Visp-Naters
2	Zone d'activité régionale de Delémont	14	Alpenstadt Interlaken
3	GLOW.das Glattal	15	Agglomération franco-valdo-genevoise
4	Agglo Obersee	16	Agglomeration Schaffhausen plus
5	Agglomerationsstrategie des Kantons Bern	17	Trinationale Agglomeration Basel
6	Neue Agglomerationszusammenarbeit/ Projekt Agglo und Stadt Luzern	18	Mobilitätsstrategie der Region Bern
7	Création de l'agglomération lausannoise	19	Aggloprogramm der Teilregion St.Gallen West
8	Agglomération Vevey-Montreux-Riviera	20	Agglomeration Thun: Prozess der Mitwirkung
9	Netzstadt AarauOltenZofingen	21	Rafforzare l'agglomerato di Lugano con un nuovo asse di trasporto strutturante
10	Projets d'agglomération du Canton de Neuchâtel	22	Konzept Siedlung / Verkehr Zürich und Umgebung
11	Création de l'agglomération de Fribourg	23	BaBel: nachhaltige Quartierentwicklung Luzern
12	MV Agglomeration Chur und Umgebung	24	Salina-Raurica

Abbildung 1: Karte der 24 Agglomerations-Modellvorhaben in der Schweiz (ARE 2003, Bearbeitung: Glanzmann)

## 1. Aufgabenverständnis, Vorgehensweise und Aufbau

Im Folgenden werden unser Aufgabenverständnis, das methodische Vorgehen sowie der Aufbau des Berichtes dargestellt.

### 1.1 Unser Aufgabenverständnis

Die offiziell zugänglichen Publikationen des Bundes erläutern den Charakter der Agglomerationspolitik des Bundes. Sie dient der Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit und der Lebensqualität in den Agglomerationen. Im Einzelnen soll die Agglomerationspolitik:

- Zur nachhaltigen Entwicklung des urbanen Raums der Schweiz beitragen.
- Die wirtschaftliche Attraktivität der städtischen Gebiete sicherstellen und ihren Bewohnern und Bewohnerinnen eine hohe Lebensqualität gewährleisten.
- Das bestehende polyzentrische Netz von kleinen, mittleren und grossen Städten und Agglomerationen bewahren.
- Dazu beitragen, die räumliche Ausdehnung der Agglomerationen zu begrenzen, die Siedlungsentwicklung nach innen zu fördern und die städtischen Gebiete zu strukturieren.

Da ein grosser Teil der Bevölkerung und ihrer Tätigkeiten in den Siedlungsgebieten konzentriert ist, leistet die Agglomerationspolitik auch einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung des gesamten Schweizer Lebensraumes.

Konkretisiert wird die Strategie für die Agglomerationspolitik des Bundes durch fünf Handlungsachsen:

- Die sektoriellen Politiken des Bundes tragen den besonderen Bedürfnissen des urbanen Raums vermehrt Rechnung und werden besser koordiniert. Folgenden Politikbereichen kommt dabei eine besondere Bedeutung zu: Raumordnung (Raumplanung und Regionalpolitik), Verkehr, Umwelt, Sozialpolitik, Finanzen, Wohnungswesen, Ausländerintegration, Kultur und Sport.
- Die Zusammenarbeit zwischen Bund, Kantonen und Städten/Gemeinden wird verbessert.
- Der Bund schafft Anreize für eine bessere Zusammenarbeit innerhalb der Agglomerationen, zwischen den Städten und zwischen den Agglomerationen.
- Das schweizerische Städte- und Agglomerationsnetz wird in das europäische Städtetz eingebunden.
- Informationsarbeit, Förderung des Erfahrungsaustausches sowie Sensibilisierung der Bevölkerung und der Politiker für die urbane Realität der Schweiz.

Zur Umsetzung dieser Strategie stehen dem Bund die Unterstützung von Modellvorhaben und die Einführung von Agglomerationsprogrammen zur Verfügung. Das Bundesamt für Raumentwicklung schreibt in der „Kurzübersicht über Zweck, Charakter und Inhalt“ eines Agglomerationsprogramms vom 30. Januar 2003: „Mit den Modellvorhaben will der Bund innovative Projekte in den Agglomerationen fördern, die eine Verstärkung der Zusammenarbeit zum Ziel haben. Zurzeit unterstützt der Bund 24 Modellvorhaben. Bei den meisten Modellvorhaben steht die Verbesserung der Zusammenarbeit im Vordergrund. Teilweise münden die Modellvorhaben in die Erarbeitung von Agglomerationsprogrammen. Manche beinhalten nur Bausteine für ein allfälliges Agglomerationsprogramm oder thematisieren das Agglomerationsprogramm überhaupt nicht“ (ARE 2003: 2).

Das Staatssekretariat für Wirtschaft misst den Modellvorhaben eine Bedeutung als zentrales Instrument und Schnittstelle zwischen Neuer Regionalpolitik (NRP) und Agglomerationspolitik bei:

„Die Modellvorhaben erhöhen durch die Förderung lokaler Netzwerke die Funktions- und Leistungsfähigkeit der Agglomerationen. Damit verbessern sich auch die Voraussetzungen für die NRP, welche eine Reihe von Schnittstellen mit der Agglomerationspolitik aufweist: Sie basiert auf starken nationalen und regionalen Zentren und Agglomerationen, die ihre Funktion als Entwicklungsmotoren der Volkswirtschaft wahrnehmen. Einen weiteren Berührungspunkt bildet die Zusammenarbeit zwischen Agglomerationen und ländlichen Räumen. Überdies zählt die NRP auf aktive ländliche Räume und Berggebiete, die aus den städtischen Zentren und Agglomerationen Entwicklungsimpulse aufnehmen (seco 2004: 47)“.

Die bislang vorliegenden Dokumente des Bundes zur Agglomerationspolitik formulieren jedoch bloss einen losen Zusammenhang zwischen Agglomerationsprogramm, Agglomerations-Modellvorhaben und den erhofften wirtschaftlichen Auswirkungen dieser Instrumente. Mit anderen Worten wird die direkte wirtschaftliche Zielsetzung nur als eines unter anderen wichtigen Zielen der Modellvorhaben eingestuft. Das ohne Zweifel wichtige Ziel der Erhaltung der wirtschaftlichen Attraktivität und der Leistungsfähigkeit von Agglomerationen und Metropolitanräumen ist eingebunden in die übergeordnete Stossrichtung der nachhaltigen Raumentwicklung. Daher wurde für die Evaluation davon ausgegangen, dass allenfalls auftretende wirtschaftliche Effekte kaum von anderen, ähnlichen Entwicklungen zu isolieren sein werden.

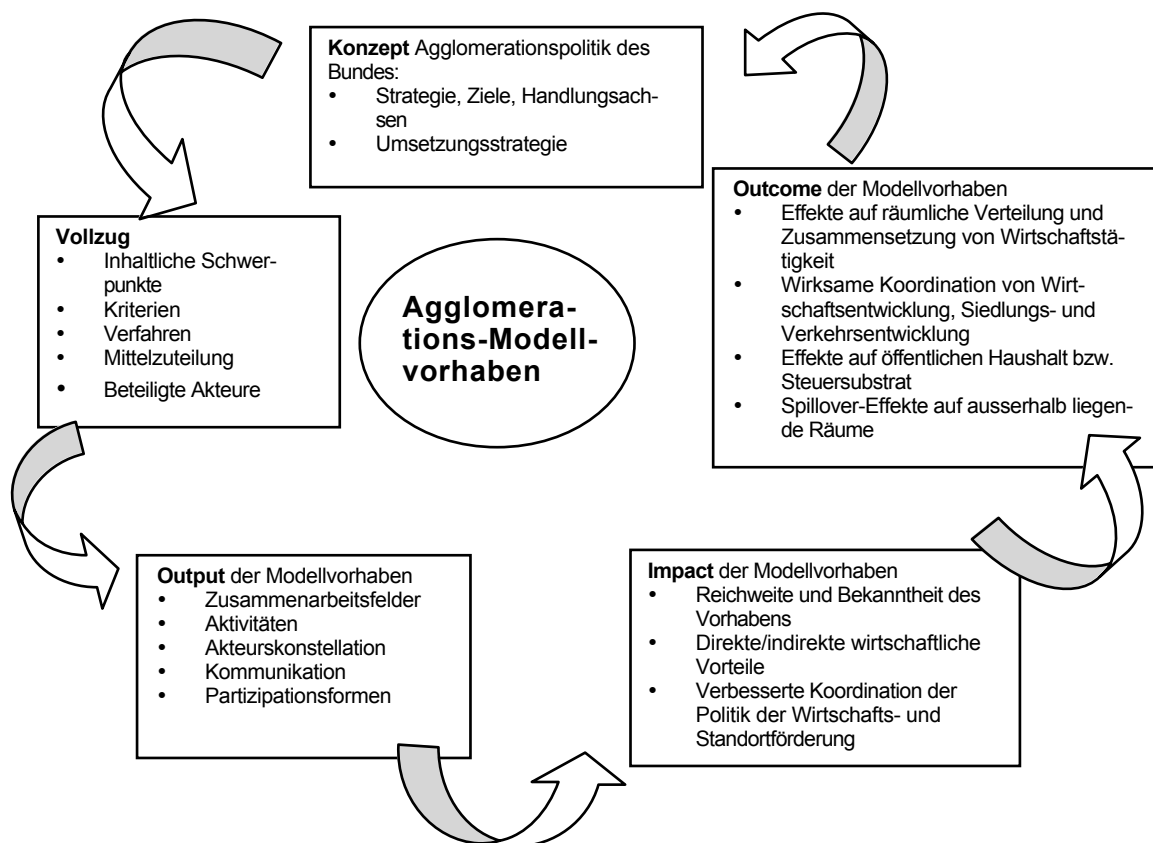
## 1.2 Das methodische Vorgehen

Das seco hat auf der Grundlage einer beschränkten Ausschreibung den Auftrag zur Evaluation an die Arbeitsgemeinschaft IRL-ETHZ (Institut für Raum- und Landschaftsentwicklung, Fachbereich Raumordnung, ETH Zürich) und C.E.A.T.-EPFL (Communauté d'études en aménagement du territoire, EPF Lausanne) erteilt.

Die Auftragnehmer haben in ihrer Offerte dargelegt, dass ihrer Ansicht nach der Zeitpunkt für diese Evaluation in der zweiten Hälfte des Jahres 2004 sehr früh gesetzt ist, um seit dem Start der Modellvorhaben einen nennenswerten Wirkungszeitraum aufzuspannen. Vor diesem Hintergrund steht folgende Hypothese im Vordergrund, die im Rahmen dieser Evaluation überprüft wird:

Zum Zeitpunkt dieser Evaluation in der zweiten Hälfte des Jahres 2004 sind aufgrund des kurz bemessenen Wirkungszeitraumes seit dem Start der Modellvorhaben sowie der inhaltlichen Ausrichtung der Vorhaben keine direkt feststellbaren wirtschaftlichen Auswirkungen der Agglomerations-Modellvorhaben zu erkennen. Hingegen zielen die meisten Modellvorhaben in direkter oder indirekter Weise auf die verbesserte Koordination von Politiken zur Förderung der Wirtschafts- und Standortentwicklung. Die daraus entstehenden feststellbaren Effekte sind primär auf den Perimeter der beteiligten Gemeinden und Kantone begrenzt.

Mit der Überprüfung dieser Hypothese konzentriert sich die Evaluation auf einen Ausschnitt des unten dargestellten Wirkungsmodells. Dieser Teilschritt dient in Absprache mit dem seco als Basis für geeignete, weiterführende Analyseschritte. Die hier vorliegenden Erkenntnisse bilden die Grundlage für eine mögliche Folgeuntersuchung, die sich mit den komplementären wirtschaftlichen Spillover-Wirkungen der Agglomerations-Modellvorhaben befasst.



In Absprache mit dem seco wurden neun Agglomerations-Modellvorhaben ausgewählt. Fünf Projekte sind in der deutschsprachigen Schweiz angesiedelt und sind vom IRL vertieft untersucht worden. Die C.E.A.T. hat die vier Vorhaben in der französischsprachigen Schweiz evaluiert. Die Projektgesamtleitung lag beim IRL-Institut.

Die Evaluation basiert auf

- einer Analyse offizieller Texte und verwaltungsinterner Berichte sowie auf
- Vertiefungsinterviews.

Zur Durchführung der Evaluation wurden neun Vertiefungsgespräche mit einer vom seco bezeichneten Kontaktperson aus der Leitung der neun Agglomerations-Modellvorhaben geführt. Zusätzlich wurden ergänzende Telefoninterviews mit Wirtschaftsakteuren geführt, wo diese entsprechend der jeweiligen Phase des Prozesses bereits identifizierbar waren. Die Gespräche erfolgten jeweils entlang eines für alle Gesprächspartner festgelegten offenen Frage-Leitfadens (Anhang) und wurden schriftlich protokolliert. Insgesamt führte das Evaluations-Team zwischen August und Oktober 2004 sechs Interviews in der Romandie und neun in der Deutschschweiz durch. Zur Vorbereitung der Interviews wurden die Informationen zu den Modellvorhaben gesichtet, welche das Bundesamt für Raumentwicklung zusammengestellt hat (ARE 2004, [www.are.ch](http://www.are.ch)). Die Aussagen der Interviewpartner wurden anhand der jeweiligen Projektunterlagen der Agglomerations-Modellvorhaben ergänzt.

### **1.3 Aufbau der Evaluation**

In Kapitel 2 werden die neun evaluierten Modellvorhaben in Form von Steckbriefen vorgestellt. Um die Vergleichbarkeit zu ermöglichen, sind die Steckbriefe nach einheitlichen Gliederungsmerkmalen aufgebaut.

Kapitel 3 stellt eine Synthese der Gemeinsamkeiten und der Unterschiede der neun Modellvorhaben dar. Die Gliederung dieser Synthese ist entlang der Gliederungsmerkmale im Sinne einer Wirkungstypologie aufgebaut, die auch der Strukturierung der Steckbriefe dienen:

Projektorganisation, interdepartementale Kooperation, Wirkung weiterer Sektoralpolitiken, verwaltungsexterne Kooperation, Rolle von Führungspersönlichkeiten, Ressourcenausstattung sowie Perimeter der Modellvorhaben.

In Kapitel 4 verlassen wir die konkrete Ebene der evaluierten Modellvorhaben und die Struktur der Wirkungstypologie, um die Erkenntnisse aus der Untersuchung im Überblick zu reflektieren. Dabei gelangen wir zu Empfehlungen bezüglich Zielsetzungen, Ressourceneinsatz, Akteursverhalten und Kooperation, Lernprozessen vor dem Hintergrund bestehender Sektoralpolitiken sowie Controlling der Agglomerations-Modellvorhaben.

Die Untersuchung mündet in Kapitel 5 in einem strategischen Ausblick über die zukünftige Rolle der Modellvorhaben für eine nachhaltige „Territorial Governance“.

## 2. Steckbriefe der neun Modellvorhaben

Auf den folgenden Doppelseiten werden die neun evaluierten Agglomerations-Modellvorhaben in Form von Steckbriefen vorgestellt. Um die Vergleichbarkeit zu ermöglichen, sind sie nach einheitlichen Gliederungsmerkmalen aufgebaut.

Zone d'activités régionale de Delémont (ZARD)

Agglomerationsstrategie des Kantons Bern

Projekt Neue Agglomerationszusammenarbeitsstruktur (NAZA), Projekt Agglo & Stadt Luzern (PASL)

Création de l'agglomération lausannoise

Programm „Netzstadt AarauOltenZofingen“

Agglomerationszusammenarbeitsstruktur Réseau Urbain Neuchâtelois (RUN)

MACU: Agglomeration Chur und Umgebung

Agglomerationsprogramm „Alpenstadt Interlaken“

Agglomération Franco-valdo-genevoise (FVG)



## Zone d'activités régionale de Delémont (ZARD)

<p><b>Charakter und Ziele des Modellvorhabens</b></p>	<p>Mit dem Bau der A16, die in Nord-südlicher Richtung von der französischen Grenze nach Biel führen wird, soll der Jura an das nationale Autobahnnetz angebunden werden. Mit dieser Neuerung hat man sich über eine optimale Nutzung der neuen Infrastruktur Gedanken gemacht. Vergleichbar mit den Industriezonen der „Freiburger Broye“ an der A12 entschied man sich für die Schaffung einer Industriezone in der Nähe Delémonts.</p> <p>Die interkommunale Zusammenarbeit zur Schaffung einer gemeinsamen Industriezone ist seit 2003 Inhalt des Modellvorhabens. Der Kanton Jura fördert die Zusammenarbeit für diese Industriezone von kantonaler Bedeutung.</p> <p>Ziel ist es, mit dieser Industriezone bis zu 1'000 Arbeitsplätze mit hohem Qualitätsstandard und hoher Wertschöpfung zu schaffen.</p>														
<p><b>Perimeter</b></p>	<p>Zum Zeitpunkt der Evaluation in der zweiten Jahreshälfte 2004 sind vier Gemeinden am Projekt beteiligt, man hofft aber dass bis zu 20 Gemeinden aus der Agglomeration Delémont und Umgebung beitreten werden. Die Industriezone liegt auf dem Gebiet der Gemeinde Courroux.</p>														
<p><b>Verhältnis Agglomerationsmodellvorhaben zu Agglomerationsprogramm</b></p>	<p>Das gemeinsame wirtschaftliche Ziel soll die Zusammenarbeit der Gemeinden fördern. Das Modellvorhaben ist ein Pilotprojekt, das mit den Zusammenarbeitsformen und dem erarbeiteten Know-how in das Agglomerationsprogramm einfließen soll.</p>														
<p><b>Projektorganisation</b></p>	<p><b>Trägerschaft</b> Die Trägerschaft liegt bei den drei Gemeinden von Delémont, Courroux und Courrendlin. Die Ende 2003 hinzugekommene Gemeinde Vicques ist nicht an der Trägerschaft beteiligt.</p> <p><b>Projektbegleitung</b> Begleitet wird das Modellvorhaben durch die zugehörigen Gemeinden, den Kanton (insbesondere Departement für Raumplanung) und Privatakteure. Bisher befindet sich das Projekt noch im Bereich von Verwaltung und Politik, später rechnet man mit einer zunehmenden Anzahl von Privatakteuren, die in der Organisation mitwirken.</p> <p><b>Entwicklung der Projektorganisation:</b> Die nächsten Schritte sind die Genehmigung der Statuten in der erste Hälfte 2005 zur Gründung einer Aktiengesellschaft, bestehend aus privatwirtschaftlichen Akteuren und öffentlicher Hand. Die Akteure streben eine Public-Private-Partnership und die Schaffung eines einheitlichen Gewinnsteuersatzes für die ZARD auf dem Gebiet der drei Gemeinden an.</p>														
<p><b>Laufzeit</b></p>	<p>2003 – 2005. Das Projekt der ZARD soll fortgesetzt werden, auch ohne die Förderung des Bundes. Man strebt jedoch eine Fortsetzung des Modellvorhabens mit Unterstützung des Bundes an.</p>														
<p><b>Budget</b></p>	<p><b>Jahresbudget 2004:</b></p> <table data-bbox="491 1671 1061 1877"> <tr> <td>Bund:</td> <td>CHF 40'000</td> </tr> <tr> <td>Gemeinden:</td> <td>CHF 207'000</td> </tr> <tr> <td>Anteil Delémont (Prozent)</td> <td>54,15</td> </tr> <tr> <td>Anteil Courroux (Prozent)</td> <td>26.50</td> </tr> <tr> <td>Anteil Courrendlin (Prozent)</td> <td>11.53</td> </tr> <tr> <td>Anteil Vicques (Prozent)</td> <td>7.82</td> </tr> <tr> <td>Gesamtbudget für den Betrieb:</td> <td>CHF 247'000</td> </tr> </table> <p>Der Kanton hat sich mit CHF 50'000 Kanton an der Studie für die Schaffung eines Gründerzentrums beteiligt</p>	Bund:	CHF 40'000	Gemeinden:	CHF 207'000	Anteil Delémont (Prozent)	54,15	Anteil Courroux (Prozent)	26.50	Anteil Courrendlin (Prozent)	11.53	Anteil Vicques (Prozent)	7.82	Gesamtbudget für den Betrieb:	CHF 247'000
Bund:	CHF 40'000														
Gemeinden:	CHF 207'000														
Anteil Delémont (Prozent)	54,15														
Anteil Courroux (Prozent)	26.50														
Anteil Courrendlin (Prozent)	11.53														
Anteil Vicques (Prozent)	7.82														
Gesamtbudget für den Betrieb:	CHF 247'000														

	<p>Sollten andere Gemeinden definitiv beitreten, werden diese sich rückwirkend an den bisherigen Budgets beteiligen müssen.</p> <p><b>Jahresbudget 2005:</b> Für die Infrastruktur der ZARD sind Investitionen in der Höhe von rund CHF 1'625'000 vorgesehen. Dazu kommen 275'000 CHF für den Betrieb. Die Weiterführung des Projektes im Jahr 2005 als Agglomerations-Modellvorhaben mit einer Beteiligung des Bundes wird zwischen ARE und seco derzeit geprüft. Die Höhe der Beteiligung ist noch nicht definiert.</p> <p><b>Personalressourcen</b> (ausserhalb des Budgets) Insgesamt 1 bis 2 Stellen</p>
<p><b>Verwaltungsexterne Kooperation und Einbindung wirtschaftlich-politischer Persönlichkeiten</b></p>	<p><b>Verwaltungsexterne Kooperation</b> Die drei Bürgermeister der Trägergemeinden Courroux, Courrendlin und Delémont spielen eine wichtige Rolle, da sie das Projekt eingeleitet haben und es politisch durchsetzen konnten. Daraus entstand eine enge Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden. Diese wird im Hinblick auf das zukünftige Agglomerationsprogramm weiter entwickelt.</p> <p><b>Einbezug der Wirtschaftsakteure</b> Insbesondere nach der politisch-administrativen Anfangsphase werden die Wirtschaftsakteure eine wichtige Rolle spielen. Der Erfolg der Industriezone wird von den Erfolgen und Niederlagen der Unternehmen abhängen, was eine enge Zusammenarbeit der Wirtschaftsakteure erforderlich macht. Der Bau der ersten Gebäude in der Industriezone soll als Gründerzentrum dienen. Diese Phase soll in enger Partnerschaft zwischen privaten Unternehmen und dem Kanton erfolgen.</p> <p><b>Identifikationsfiguren aus Politik und Wirtschaft</b> Es ist vorgesehen, die Leitung der ZARD im Rahmen der zu gründenden AG an eine Persönlichkeit aus der Privatwirtschaft zu übergeben. Diese soll ihren Einfluss, Innovationsgeist und bestehende Netzwerke nutzen, um bedeutende Unternehmen anzuziehen.</p>
<p><b>Ausstrahlung des Modellvorhaben-Perimeters</b></p>	<p>Das Modellvorhaben ist zunächst auf die vier an der ZARD beteiligten Gemeinden begrenzt. Doch als Vorbereitungsprojekt für das zukünftige Agglomerationsprogramm sind, nicht zuletzt aufgrund der viel versprechenden wirtschaftlichen Perspektiven, zahlreiche Gemeinden an einer Beteiligung interessiert.</p> <p>Die Ausstrahlung dürfte vorerst auf Delémont und Umgebung begrenzt sein. Langfristig strebt man eine kantonale Ausstrahlung an. Dies wird durch die Tatsache unterstrichen, dass der Kanton Jura die ZARD als eines der drei wichtigsten Wirtschaftsprojekte in seinem Wirtschaftsentwicklungsplan einstuft.</p>
<p><b>Wirtschaftliche Effekte</b></p>	<p><b>Direkte Effekte</b> Als zukünftigen direkten Effekt erhoffen sich die Akteure die Schaffung von 1000 Arbeitsplätzen. Als Innovationspool soll die Region für die Grossindustrie der gesamten Schweiz interessant werden, vor allem für die Basler Industrie, von der man sich als Partner viel erhofft. Dabei soll die ZARD nicht nur Firmenstandort werden, sondern den Austausch von Know-How im Jura-Bogen pflegen.</p> <p><b>Indirekte Effekte</b> Indirekt sollte die ZARD später eine wichtige Rolle als Motor der wirtschaftlichen Entwicklung für die Agglomeration sowie für den Kanton spielen.</p> <p><b>Mitnahmeeffekte</b> Vom Erfolg der Industriezone soll eine gewisse Dynamik auf die Unternehmen sowie Region und Kanton überspringen.</p>

## Agglomerationsstrategie des Kantons Bern

<p><b>Charakter und Ziele des Modellvorhabens</b></p>	<p>Das Projekt „Agglomerationsstrategie Kanton Bern“ ist ein Dachprojekt, eine kantonale Strategie um die Agglomerationen als Zentren zu stärken, aufbauend auf dem Input der Teilagglomerationen. Die Motivation für das Modellvorhaben beruht auf der Erkenntnis, dass die Agglomerationen die Motoren der wirtschaftlichen Entwicklung sind.</p> <p><b>Hauptziele des Modellvorhabens</b> Die Zielsetzung besteht darin, „Regionalkonferenzen“ für die regionale Aufgabenwahrnehmung zu schaffen. Der entsprechende Bericht „Von der Agglomerationsstrategie zur Strategie Regionaler Zusammenarbeit“ soll durch den Grossen Rat (Parlament) genehmigt werden. Angestrebt wird eine Verfassungsänderung für eine regionale Aufgabenwahrnehmung.</p> <p><b>Wirtschaftliche Teilziele</b> Der Kanton strebt an, die wachstumsstärkenden urbanen Regionen zu fördern, indem geeignete Zusammenarbeitsformen geschaffen werden. Konkretere wirtschaftliche Teilziele sind in den Teilagglomerationsprogrammen und dem Modellvorhaben „Alpenstadt Interlaken“ formuliert.</p>
<p><b>Perimeter</b></p>	<p>Der Perimeter umfasste zu Beginn des Modellvorhabens die Agglomerationen der Städte Bern, Biel, Thun, Langenthal, Burgdorf, Interlaken und Lyss/Aarberg (zu Beginn des Projektes). Neu beruht die Definition des Perimeters auf der Aufteilung des Kantons in sechs Regionen.</p>
<p><b>Verhältnis Agglomerationsmodellvorhaben zu Agglomerationsprogramm</b></p>	<p>Das Dachprojekt der „Agglomerationsstrategie Kanton Bern“ dient dazu, langfristig die geeigneten Zusammenarbeitsformen für die Aktivitäten in den Teilagglomerationen zu schaffen. Im Rahmen der Agglomerationspolitik werden in den Teilagglomerationen Agglomerationsprogramme und weitere Modellvorhaben entwickelt.</p>
<p><b>Projektorganisation</b></p>	<p><b>Trägerschaft: bestehende kantonale Verwaltungsstrukturen</b> Die Projektleitung liegt seit 2004 beim Amt für Gemeinden und Raumordnung. Es bestehen jeweils Projektorganisationen der Teilprojekte in den einzelnen Agglomerationen.</p> <p><b>Entwicklung der Projektorganisation</b> Die Projektleitung des Modellvorhabens lag bis 2004 bei der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion des Kantons Bern.</p>
<p><b>Laufzeit</b></p>	<p>Das Modellvorhaben läuft seit Dezember 2001, wobei es seit Juni 2002 vom Bund gefördert wird. Die Laufzeit wird voraussichtlich 6 Jahre betragen, auch über den Zeitraum des Modellvorhabens hinaus.</p>
<p><b>Budget</b></p>	<p><b>Gesamtbudget</b> Vorwiegend kantonale Finanzierung: Kanton: CHF 350'000 Bund: CHF 145'000 aufgeteilt auf 40-50'000 für 2-3 Jahre. Ausserhalb des Modellvorhabens bestehen Budgets von jeweils 30'000-70'000 vom Kanton für sieben Teilprojekte in den Agglomerationen Bern, Biel, Thun, Interlaken, Burgdorf, Langenthal, Aarberg/ Lyss.</p> <p><b>Personalressourcen</b> (ausserhalb des Budgets) Ressourceneinsatz der Projektleitung nach grober Schätzung 10-20 Stellenprozent. Akteure für die Begleitung der Teilprojekte werden für gewisse Tätigkeiten bezahlt. Mit Personalressourcen in Teilprojekten wurde bisher, nach einer sehr groben Einschätzung, insgesamt mehr als ein Personenjahr aufgewendet.</p>

<p><b>Verwaltungsexterne Kooperation und Einbindung wirtschaftlich-politischer Persönlichkeiten</b></p>	<p><b>Verwaltungsexterne Kooperation</b>                  Nach der Genehmigung des Berichts „Von der Agglomerationsstrategie zur Strategie Regionaler Zusammenarbeit“ durch die Regierung, soll der Bericht in die Vernehmlassungsphase gehen. Danach wird die Genehmigung des angepassten Berichtes durch den grossen Rat (Parlament) im September 2005 angestrebt.</p> <p><b>Einbezug der Wirtschaftsakteure</b>                  Die Agglomerationsstrategie ist ein kantonales Dachprojekt, im engeren Sinne sind die Wirtschaftsvertreter nicht involviert, sie werden in Teilprojekten der Agglomerationen einbezogen. Indirekt sind via Milizsystem auch KMU Inhaber als Gemeindevertreter dabei.</p> <p>In der Vorphase der Vernehmlassung der Agglomerationsstrategie wurden Wirtschaftsverbände konsultiert. Die Agglomerationsstrategie ist dort auf positiven Boden gefallen, Wirtschaftsakteure werden sich während der Vernehmlassung nochmals zu Wort melden.</p> <p>Nach Auffassung eines Wirtschaftsakteurs: In der Vernehmlassung und in der weiteren Umsetzung haben sich die Akteure der Agglomerationsstrategie noch mit der Wirtschaft auseinander zu setzen, die Spitzen der Verbände sind nicht repräsentativ für „die Wirtschaft“, sie haben nicht die gleichen Anliegen wie die lokale Wirtschaft.</p> <p><b>Identifikationsfiguren aus Politik und Wirtschaft</b>                  Lokale Akteure zeigen grosses Engagement, zum Beispiel wird das Projekt in den Städten Bern, Interlaken und Langenthal stark politisch getragen. Auf Kantonsstufe engagiert man sich politisch in der Vernehmlassungsphase.</p>
<p><b>Räumliche Ausbreitungseffekte</b></p>	<p>Die Wertschöpfung in den Städten Bern und Thun ist vergleichsweise gross, in der Wahrnehmung des ländlichen Raums sieht man sich im Vergleich als „Verliererregion“.</p> <p>Mit der Ausrichtung der Agglomerationsstrategie auf eine regionale Zusammenarbeit werden die Perimeter so gross gesteckt, dass der ländliche Raum dabei ist. Angestrebt werden jeweils 6 Teilräume mit einem regionalen Zentrum. Die regionalen Verkehrskonferenzen (RVK) sind eine geeignete Grundlage für die Perimeterwahl.</p>
<p><b>Wirtschaftliche Effekte</b></p>	<p><b>Direkte wirtschaftliche Effekte</b>                  Das Dachprojekt der Agglomerationsstrategie zielt auf eine übergeordnete Ebene, die den Rahmen für effiziente Zusammenarbeitsstrukturen in den Teilagglomeration bereitstellen, aber keine direkten wirtschaftlichen Effekte hervorrufen kann.</p> <p><b>Indirekte wirtschaftliche Effekte</b>                  Effekte für die Wirtschaft entstehen indirekt durch Effizienzgewinn in veraltungstechnischen Abläufen und gemeinsam genutzten Infrastrukturinvestitionen.</p> <p>Das Modellvorhaben als Dachprojekt der Agglomerationsprogramme ist im Zusammenhang mit einer Tradition der Stärkung wirtschaftlicher Schwerpunkte und der Aufgabenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden zu sehen. Bereits seit 1989 verfolgt der Kanton Bern die Strategie der kantonalen Entwicklungsschwerpunkte (ESP). Mit der Revision des Kantonalen Richtplans Juni 2002 wurde die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden überprüft und mögliche Massnahmen für die Wirtschaftsentwicklung eruiert.</p> <p><b>Mitnahmeeffekte</b>                  Beim Kanton Bern und in den Städten schätzt man die Existenz der Agglomerationsstrategie als Impuls. Allerdings hat der Kanton Bern bereits mit langem Vorlauf gehandelt. Auch unabhängig von der Förderung der Modellvorhaben im Rahmen der Agglomerationspolitik wäre die Agglomerationsstrategie verfolgt worden.</p>

## Projekt Neue Agglomerationszusammenarbeitsstruktur (NAZA), Projekt Agglo & Stadt Luzern (PASL)

<p><b>Charakter und Ziele des Modellvorhabens</b></p>	<p>Das Modellvorhaben „Neue Agglomerationszusammenarbeit (NAZA),“ ist ein Behördenprojekt, das bessere Zusammenarbeitsstrukturen im Kanton Luzern anstrebt, um weitere Zielsetzungen besser zu bewerkstelligen. Das Modellvorhaben ist als Teilprojekt aus dem Projekt Agglo und Stadt Luzern (PASL) hervorgegangen und mit den Aktivitäten des PASL verflochten.</p> <p><b>Hauptziele</b> Bessere Positionierung im Standortwettbewerb. Bessere Nutzung von Synergien.</p> <p><b>Wirtschaftliche Teilziele</b> Da das eigentliche Modellvorhaben NAZA sich mit Fragen der Zusammenarbeit befasst, sind keine direkten Wirtschaftsziele genannt. Die konkreten Projekte sind: Struktur für Neue Agglomerationszusammenarbeit (LAC-Luzern Agglo Contact) Schaffung von zwei Mehrzweckverbänden (statt bisher vier Einzweckverbänden)</p>								
<p><b>Perimeter</b></p>	<p>Gemeinden der Agglomeration Luzern</p>								
<p><b>Verhältnis Agglomerationsmodellvorhaben zu Agglomerationsprogramm</b></p>	<p>Modellvorhaben und Agglomerationsprogramm laufen auf kantonaler Ebene getrennt: Das Agglomerationsprogramm, angesiedelt beim Baudepartment, bearbeitet Inhalte. Das Modellvorhaben in Zusammenarbeit mit dem Departement für Justiz und Gemeinden, erarbeitet die Zusammenarbeitsstruktur. Das Verständnis ist gering ausgeprägt, dass PASL bzw. die neue Agglo-Zusammenarbeitsstruktur künftig die Trägerschaft für das Agglomerationsprogramm darstellt.</p>								
<p><b>Projektorganisation</b></p>	<p><b>Trägerschaft</b> Die Trägerschaft liegt beim Konsortium PASL. Konsortiumsmitglieder sind 18 Gemeinden der Agglomeration Luzern inkl. Stadt Luzern, der Verband Luzerner Gemeinden (VLG) und der Kanton Luzern. Oberstes Organ des Konsortiums ist die Projektsteuerung (jede Gemeinde eine Stimme, der Kanton drei Stimmen, VLG 1 Stimme). Die strategische Führung liegt beim Projektsteueraussschuss (5 Mitglieder, darunter auch der Stadtpräsident von Luzern und eine Regierungsrätin, Vorsitz: Gemeindepräsident Horw). Koordination: Stefan Pfäffli, Institut für Betriebs- und Regionalökonomie (IBR) (Hochschule für Wirtschaft Luzern).</p> <p><b>Entwicklung der Projektorganisation</b> Die Struktur für die „Neue Agglomerationszusammenarbeit“ in Form der Netzwerkorganisation LAC (Luzern Agglo Contact) einerseits und der zwei Mehrzweckverbände (Verkehr und Raumplanung, Entsorgung), die durch das Modellvorhaben geschaffen werden soll, ist noch im Aufbau. Sie soll in Zukunft das Projekt Agglo und Stadt Luzern (PASL) ablösen.</p>								
<p><b>Laufzeit</b></p>	<p>2002 bis 2005</p>								
<p><b>Budget</b></p>	<p><b>Gesamtbudget (für 2 Jahre)</b></p> <table data-bbox="491 1883 1094 2000"> <tr> <td>Kanton:</td> <td>CHF 80'000</td> </tr> <tr> <td>Aus laufendem PASL Budget:</td> <td>CHF 60'000</td> </tr> <tr> <td>Bund:</td> <td>CHF 50'000</td> </tr> <tr> <td>Total für NAZA:</td> <td>CHF 190'000</td> </tr> </table>	Kanton:	CHF 80'000	Aus laufendem PASL Budget:	CHF 60'000	Bund:	CHF 50'000	Total für NAZA:	CHF 190'000
Kanton:	CHF 80'000								
Aus laufendem PASL Budget:	CHF 60'000								
Bund:	CHF 50'000								
Total für NAZA:	CHF 190'000								

<p><b>Verwaltungsexterne Kooperation und Einbindung wirtschaftlich-politischer Persönlichkeiten</b></p>	<p><b>Verwaltungsexterne Kooperation</b> Gemeindevertreter in der Projektsteuerung, Workshops mit zusätzlichen Vertretern aus Wirtschaft und Politik.</p> <p><b>Einbezug der Wirtschaftsakteure</b> Die Workshops für NAZA waren halböffentlich, Wirtschaftsakteure waren eingeladen. Einzelne Wirtschaftsvertreter lehnen eine Zusammenarbeit als „Einmischung“ ab, der Gewerbeverband hingegen spielte eine positive Rolle.</p> <p>Der Direktor eines grösseren Elektro-Generalunternehmens, der ehrenamtlich auch als Präsident der Sportkommission der Stadt Luzern tätig ist, hat sich engagiert gezeigt. Von seiner Seite erfolgte der Vorschlag, einen „Aggloclub“ zur Unterstützung von Grossvorhaben und Infrastrukturanlagen, unter anderem auch für Sport und Verkehr, aufzustellen.</p> <p><b>Identifikationsfiguren aus Politik und Wirtschaft</b> Im Moment sind nur wenige Politiker bereit, aktiv für die Belange der Agglomeration einzutreten. Für die Zukunft, damit das Netzwerk LAC zum Tragen kommt, braucht man quasi einen Innenminister, der die „Weichteile“ der Agglomeration gut kennt, und jemanden, der die Belange der Agglo vor allem nach aussen gut zu vertreten versteht.</p>
<p><b>Räumliche Ausbreitungseffekte</b></p>	<p>Ein Zusammenhang zwischen der Ausbreitung des Agglomerationsgedankens und der Ausstrahlung auf periphere Gebiete existiert bisher nicht. Als wichtiger Schritt in Richtung Ausgleich zwischen Agglomeration und Randgemeinden wurde am 1.1.2003 der innerkantonale Finanzausgleich in Kraft gesetzt. Mittelflüsse von der Agglomeration nach aussen und innerhalb der Agglomeration werden damit transparent und diskutierbar. Dieser Schritt war allerdings unabhängig von der Agglomerationspolitik möglich.</p>
<p><b>Wirtschaftliche Effekte</b></p>	<p><b>Direkte wirtschaftliche Effekte</b> keine</p> <p><b>Indirekte wirtschaftliche Effekte</b> Der ökonomische Hintergrund und Beweggrund zur Durchführung des Modellvorhabens und des Projektes Agglomeration und Stadt Luzern (PASL), ist der Verlust an Standortgunst und ein geringes Wachstum in der Agglomeration Luzern. Da das eigentliche Modellvorhaben NAZA sich mit Fragen der Zusammenarbeit und der Schaffung von Strukturen befasst, werden wirtschaftliche Effekte indirekt durch mehr Effizienz und bessere Zusammenarbeit erhofft, wie zum Beispiel in der Schaffung der Mehrzweckverbände.</p> <p><b>Mitnahmeeffekte</b> Im Rahmen des Projektes Agglomeration und Stadt Luzern (PASL) wurden seit der Gründung 2000 verschiedene Projekte in Angriff genommen: Studie zum Agglomerations-Bewusstsein, Kultur-Region Luzern, integrierte Öffentlichkeitsarbeit der Zweckverbände und das Projekt der Neuen Agglomerationszusammenarbeit (NAZA). Die Agglomerationspolitik des Bundes war ein Impuls, aus diesem Teilprojekt der Agglomerationszusammenarbeit ein Modellvorhaben zu schaffen. Die Agglomerationspolitik lässt sich argumentativ nutzen, als Gegengewicht zur stark ausgeprägten Gemeindeautonomie.</p>

## Projet-modèle: Création de l'agglomération lausannoise

<p><b>Charakter und Ziele des Modellvorhabens</b></p>	<p>Das Modellvorhaben Création de l'agglomération lausannoise hatte zunächst zum Ziel, Zusammenarbeitsformen zu schaffen. Aufgrund der Finanzierungsanreize im Rahmen der Agglomerationspolitik des Bundes hat man sich nun mehr auf die Bereiche Siedlung und Verkehr konzentriert. Das Modellvorhaben bildet die Vorphase zum Agglomerationsprogramm der Lausanne Région.</p> <p>Zum Modellvorhaben gehören zum Beispiel die Bereiche Wohnungswesen, Arbeitsplätze, öffentlicher und Individualverkehr. Diese Bereiche werden jeweils im Hinblick auf eine interkommunale Zusammenarbeit betrachtet.</p>								
<p><b>Perimeter</b></p>	<p>Der Perimeter des Modellvorhabens umfasst einen Teilausschnitt der Lausanne Région mit 26 Gemeinden, die durch eine durchgehende Verstädterung charakterisiert. Hingegen entspricht der Perimeter des Agglomerationsprogramms der Agglomerations-Definition des Bundesamtes für Statistik mit den Gemeinden der Lausanne Région und der Region Morges mit insgesamt 70 Gemeinden.</p>								
<p><b>Verhältnis Agglomerationsmodellvorhaben zu Agglomerationsprogramm</b></p>	<p>Die Koordination des Modellvorhabens ist insbesondere im Bereich Siedlung und Verkehr eng mit dem Agglomerationsprogramm verknüpft. Die Organisationsstrukturen sind jedoch verschieden, das Modellvorhaben setzt den Akzent stärker auf institutionelle und finanzielle Fragen.</p>								
<p><b>Projektorganisation</b></p>	<p>Die Organisation des Modellvorhabens besteht aus einem Steuerungsausschuss mit Vertretern des Bundes (ARE und seco), des Kantons Waadt, der Lausanne Région und der Stadt Lausanne; aus einem Fachausschuss mit Vertretern des Kantons Waadt, Lausanne Région und der Stadt Lausanne; sowie einem Wirtschaftsausschuss mit Vertretern des Kantons Waadt, der Lausanne Région, der Stadt Lausanne und verschiedenen Institutionen.</p> <p>Politische Vertreter im Steuerungsausschuss sind Regierungsräte, Bürgermeister sowie Stadträte.</p> <p>Der Steuerungsausschuss des Agglomerationsprogramms besteht aus Vertretern der Lausanne Région, aus der Vereinigung der Gemeinden von Morges, Politischen Vertretern und der Verwaltung der Städte Lausanne und Morges, den Transports Lausannoise, den Vertretern der Bundesämtern ARE und ASTRA, der SBB, und den kantonalen Ämtern für Wirtschaft (DSE), Raumplanung (DIRE), Wohnungswesen (DSAS) und Verkehr (DINF).</p> <p><b>Entwicklung der Projektorganisation</b>          Das Modellvorhaben wird zum Zeitpunkt dieser Evaluation im zweiten Halbjahr 2004 durch die kantonalen Behörden überprüft, das kantonale Amt für Raumplanung möchte die Umsetzung mit der Leitung der Lausanne Région als Partner abklären. Hierfür müsste ein neuer Steuerungsausschuss mit Vertretern des Kantons und Delegierten aus der ganzen Agglomeration gebildet werden.</p>								
<p><b>Laufzeit</b></p>	<p>2003 – 2005 für das Modellvorhaben. Siehe Projektorganisation: Das Vorgehen für 2005 wird noch abklärt.</p>								
<p><b>Budget</b></p>	<p><b>Budget 2004</b></p> <table data-bbox="491 1877 1173 2027"> <tr> <td>Bund:</td> <td>CHF 45'000</td> </tr> <tr> <td>Kanton Waadt</td> <td>CHF 17'000</td> </tr> <tr> <td>Mitgliedgemeinden der Lausanne Région</td> <td>CHF 33'000</td> </tr> <tr> <td><b>Gesamt</b></td> <td><b>CHF 95'000</b></td> </tr> </table> <p>Für 2005 wurde noch kein Budget festgelegt.</p>	Bund:	CHF 45'000	Kanton Waadt	CHF 17'000	Mitgliedgemeinden der Lausanne Région	CHF 33'000	<b>Gesamt</b>	<b>CHF 95'000</b>
Bund:	CHF 45'000								
Kanton Waadt	CHF 17'000								
Mitgliedgemeinden der Lausanne Région	CHF 33'000								
<b>Gesamt</b>	<b>CHF 95'000</b>								

	<p><b>Personalressourcen</b> (ausserhalb des Budgets) Personal der Vereinigung Lausanne Région.</p>
<p><b>Verwaltungsexterne Kooperation und Einbindung wirtschaftlich-politischer Persönlichkeiten</b></p>	<p><b>Verwaltungsexterne Kooperation</b> Der Verband Lausanne Région, der bis 2003 das Modellvorhaben vollständig führte, ist heute ein wichtiger Partner des Kantons.</p> <p><b>Einbezug der Wirtschaftsakteure</b> Unternehmen sowie Wirtschaftsakteure konnten ihre Meinung während der Foren mitteilen. Durch Foren und andere Kommunikationsmittel soll auch in Zukunft die Zusammenarbeit mit den Partnern aus der Wirtschaft verbessert werden.</p>
<p><b>Ausstrahlung des Modellvorhaben-Perimeters</b></p>	<p>Das Projekt betrifft vorerst die 26 Gemeinden des Modellvorhaben Perimeters, das nun auf die 70 Gemeinden des Projet d'agglomération Lausanne-Morges einen Einfluss hat da das Modellvorhaben als Vorphase des Projet d'agglomération zu betrachten ist.</p>
<p><b>Wirtschaftliche Effekte</b></p>	<p><b>Direkte wirtschaftliche Effekte</b> Momentan sind diese schwer einschätzbar.</p> <p><b>Indirekte wirtschaftliche Effekte</b> Die städtischen Entwicklungsschwerpunkte erlauben es, die Investitionsmittel zu konzentrieren. Dies führt zur Stärkung der wirtschaftlichen Entwicklung.</p> <p><b>Mitnahmeeffekte</b> Der Kanton hat über Entwicklungsstandorte entschieden, die zu einer neuen Dynamik verhelfen sollen. Laut Prognosen wird der Kanton im Jahre 2020 um bis zu 100'000 Einwohner wachsen, es wird angenommen, dass von diesen knapp 45 Prozent in der Agglomeration Lausanne – Morges leben werden. Die Herausforderung ist es also 27'000 neue Arbeitsplätze und 22'000 neue Wohneinheiten zu schaffen.</p>



## Programm „Netzstadt AarauOltenZofingen“

<p><b>Charakter und Ziele des Modellvorhabens</b></p>	<p>Der Charakter des Modellvorhabens ergibt sich aus der Situation und Lage der „Netzstadt AarauOltenZofingen“ zwischen den grossen Zentren Zürich, Basel und Bern. Der Raum ist eines der am besten erreichbaren Gebiete der Schweiz, am Kreuzungspunkt der Nord-Süd- und Ost-West-Verbindungen. Dennoch hat diese Region Schwierigkeiten, sich zwischen den starken benachbarten Zentren als Wohn- und Wirtschaftsstandort zu behaupten.</p> <p><b>Hauptziele des Modellvorhabens</b> Grenzüberschreitende Kooperation der Gemeinden und Kantone, Erarbeitung einer Vision und Entwicklungsstrategie „Netzstadt Aarau OltenZofingen“.</p> <p><b>Wirtschaftliche Teilziele</b> (gemäss Projekteingabe) Drei der vorgesehenen Massnahmen innerhalb des Teilprojektes „Grenz-überschreitende Kooperation“ haben wirtschaftliche Bezüge: Standortmarketing, Wirtschaftskontakte, Grundlagen der Wirtschaftsentwicklung (zur Zeit zurückgestellt).</p>										
<p><b>Perimeter</b></p>	<p>„Netzstadt AarauOltenZofingen“: Agglomerationen Aarau – Olten – Zofingen</p>										
<p><b>Verhältnis Agglomerationsmodellvorhaben zu Agglomerationsprogramm</b></p>	<p>Die Handlungsebene des Modellvorhabens ist die gesamte „Netzstadt AarauOltenZofingen“. Sie ist mit der Handlungsebene der drei Teilagglomerationsprogramme in den drei Agglomerationen Aarau, Olten und Zofingen inhaltlich und institutionell eng verknüpft. Teilweise sind die Projekte des Modellvorhabens in die Agglomerationsprogramme eingeflossen. Schwerpunkt ist zurzeit die Abstimmung Siedlung/ Verkehr.</p>										
<p><b>Projektorganisation</b></p>	<p><b>Trägerschaft: bestehende Verwaltungsstrukturen der Kantone</b> Plattform Aargau-Solothurn (PASO) unter der Leitung des Baudepartements des Kantons Aargau und des Bau- und Justizdepartementes des Kantons Solothurn. Geschäftsstellen der PASO bilden die Abteilung Raumentwicklung in Aarau (Administration) und das Amt für Raumplanung in Solothurn (Finanzen). Für Teilprojekte gibt es Projektteams.</p> <p><b>Entwicklung der Projektorganisation</b> Seit 2004 sind über eine Absichtserklärung die Gemeindepräsidenten der drei Städte Aarau, Olten und Zofingen als Netzstadtrat in die politische Führung des Modellvorhabens eingebunden, die operative Führung liegt beim Stab, der aus Planungsfachleuten der Städte und je einem Vertreter der beiden Kantone besteht. Eine verbindliche Trägerschaft – unter Einbezug weiterer Gemeinden – soll sich mit der geplanten Unterzeichnung eines Agglomerationsvertrags bilden.</p>										
<p><b>Laufzeit</b></p>	<p>2002-2004, ein Folge-Modellvorhaben ist in Vorbereitung und soll Ende 2004 dem Bund eingereicht werden.</p>										
<p><b>Budget</b></p>	<p><b>Jahresbudget 2003 bis 2004</b></p> <table border="0"> <tr> <td>Kantone AG, SO:</td> <td>CHF 240'000</td> </tr> <tr> <td>Gemeinden /</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Replas:</td> <td>CHF 140'000</td> </tr> <tr> <td>Bund:</td> <td>CHF 230'000</td> </tr> <tr> <td>Total:</td> <td>CHF 610'000</td> </tr> </table>	Kantone AG, SO:	CHF 240'000	Gemeinden /		Replas:	CHF 140'000	Bund:	CHF 230'000	Total:	CHF 610'000
Kantone AG, SO:	CHF 240'000										
Gemeinden /											
Replas:	CHF 140'000										
Bund:	CHF 230'000										
Total:	CHF 610'000										

	<p>Es kann von einem Durchschnittswert von jeweils 1/3 pro Jahr ausgegangen werden. Parallel zum Modellvorhaben werden die Teilagglomerationsprogramme mit jeweils einem eigenen Budget von Bund, Gemeinden und Kantonen finanziert. Der Bund unterstützt das Modellvorhaben inkl. der Teilagglomerationsprogramme mit insgesamt CHF 76'700 pro Jahr (2002-2004).</p> <p><b>Personalressourcen</b> (ausserhalb des Budgets) Die Personalressourcen werden innerhalb der bestehenden Stellen aufgebracht. Aufgrund der inhaltlichen und institutionellen Verknüpfung lässt sich die Aufteilung der Personalressourcen zwischen Modellvorhaben und Agglomerationsprogrammen nicht trennen.</p>
<p><b>Verwaltungsexterne Kooperation und Einbindung wirtschaftlich-politischer Persönlichkeiten</b></p>	<p><b>Verwaltungsexterne Kooperation</b> Workshops mit Verbänden, Wirtschaftskreisen, Stadtpräsidenten und – exekutiven.</p> <p><b>Einbezug der Wirtschaftsakteure</b> Das Modellvorhaben begann aufgrund grenzüberschreitender kantonaler Initiativen. Wirtschaftsakteure waren daher nicht ausgeprägt beteiligt. Das Ziel ist, in Zukunft Wirtschaftsakteure in konkrete Projekte einzubeziehen (z.B.: Grenzüberschreitender „Agglomerationspark“ als identitätsstiftende „grüne Schiene“ zur Aufwertung des Wohnumfeldes und der Standortattraktivität). Wirtschaftliche Akteure waren im Zusammenhang mit einem gemeinsamen Tarifverbund die Transportunternehmen und durch die Koordination von Kulturprogrammen mit Vereinen und privaten Veranstaltern involviert.</p> <p><b>Identifikationsfiguren aus Politik und Wirtschaft</b> Baudirektoren der beiden Kantone als Vorsitzende der PASO, Stadtpräsidenten der drei Städte als Mitglieder des Netzstadtrats und als Präsidenten der Regionalplanungsorganisationen.</p>
<p><b>Räumliche Ausbreitungseffekte</b></p>	<p>Viele Gemeinden beteiligen sich an den Teilagglomerationsprogrammen. Sie gehen davon aus, im regionalen Rahmen anstehende Probleme besser lösen zu können. Es besteht ein wirkliches Interesse, das Modellvorhaben weiterzuführen. Aus Sicht der Verantwortlichen würde es als positiv erachtet, wenn es parallel zur Agglomerationspolitik vom Bund ein Programm für den ländlichen Raum gäbe. Um Konkurrenzsituationen zu vermeiden, ist es wichtig, den ländlichen Gemeinden ein adäquates Programm anbieten können.</p>
<p><b>Wirtschaftliche Effekte</b></p>	<p><b>Direkte wirtschaftliche Effekte</b> Keine</p> <p><b>Indirekte wirtschaftliche Effekte</b> Das Modellvorhaben war von Beginn an nicht explizit wirtschaftsorientiert konzipiert. Innerhalb des Teilprojekts "Standortmarketing" ist allerdings eine Grundlagenarbeit zu einem grenzüberschreitenden Standortmarketing im Raum Aarau-Olten-Zofingen entstanden.</p> <p><b>Mitnahmeeffekte</b> Im Kanton Aargau hat man den Wind des Agglomerationsprogramms genutzt, es war ein starker Impuls. Das mit dem Modellvorhaben verbundene Agglomerationsprogramm ist ein wichtiges Handlungsfeld mit hoher Priorität in Regierung und Grossrat. Insgesamt ist mit der Agglomerationspolitik das Bewusstsein für einen gemeinsamen Auftritt gestiegen. Ein Beispiel sind Standortentscheidungen durch Schwerpunktbildungen in Absprache zwischen den Gemeinden. Die Bedeutung des Agglomerationsprogramms für die „Aussenpolitik“ der Kantone wird hoch eingestuft.</p>

## Agglomerationszusammenarbeitsstruktur Réseau Urbain Neuchâtelois (RUN)

<p><b>Charakter und Ziele des Modellvorhabens</b></p>	<p>Ziel des RUN ist es, eine Zusammenarbeitsstruktur für die Agglomerationen Neuchâtel, La Chaux-de-Fonds und Le Locle zu schaffen, die derzeit 120'000 Einwohner umfasst. Die Agglomeration soll, nach aussen und innen wahrnehmbar, als drittgrösste Stadt der Romandie der Motor für die kantonale Entwicklung sein.</p> <p>Ein Ziel ist es, Allianzen zwischen Stadt und Land zu schaffen und zu verstärken, um ihre jeweiligen Stärken innerhalb des Kantons besser auszunützen. Durch die Stärkung der Zentren sollen die ländlichen Regionen von der Dynamik profitieren.</p> <p>Die Entwicklung und Umsetzung eines Agglomerationsentwicklungsprogramms soll auf zwei Ebenen erfolgen: Einerseits auf der Ebene der städtischen Zentren des Kantons, anderseits auf der Ebene des gesamten städtischen Netzes, das auch die ländlichen Regionen umfasst.</p> <p>Die Agglomerationszusammenarbeitsstruktur Réseau Urbain Neuchâtelois (RUN) soll zu Verträgen zwischen Kanton und Städten, sowie zwischen Kanton und ländlichen Regionen führen.</p> <p>Unter dem Teilprojekt TransRUN soll der Ausbau der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur unterstützt werden.</p>
<p><b>Perimeter</b></p>	<p>Die urbanen Räume des Kantons, das heisst Neuchâtel, La Chaux-de-Fonds und Le Locle, und ihre Agglomerationsgemeinden.</p>
<p><b>Verhältnis Agglomerationsmodellvorhaben zu Agglomerationsprogramme</b></p>	<p>Das Modellvorhaben RUN ist die erste Stufe der Zusammenarbeit, die mit dem Agglomerationsprogramm fortgesetzt werden soll, dabei ist das Agglomerationsentwicklungsprogramm Teil des Agglomerationsprogramms.</p>
<p><b>Projektorganisation</b></p>	<p>Das RUN wurde durch das Département für Raumentwicklung in Zusammenarbeit mit dem jeweiligen für Stadtentwicklung zuständigen Exekutivmitglied eingeleitet.</p> <p>Die Leitung liegt, im Auftrag des Regierungsrates, beim Direktor des Amtes für Raumplanung. Er wird von Mitgliedern der Kantonalverwaltung mit den Departementen für Raumplanung und Verkehr, Wirtschaft, Finanzen und Sozialwesen sowie von den Verwaltungen der Städte und Regionen unterstützt. Sie bilden technische Gruppen zur Vorbereitung der unterschiedlichen Teilprojekte.</p> <p>Die Begleitgruppe wird durch zwei Regierungsräte und drei Exekutivmitglieder der beteiligten Städte gebildet.</p>
<p><b>Laufzeit</b></p>	<p>2002 bis 2005; ein Antrag für eine zusätzliche Unterstützung im Rahmen der Modellvorhaben des Bundes wurde gestellt.</p> <p>Im Laufe des Jahres 2005 sollen die Verträge zwischen Kanton und Städten, sowie Kanton und Regionen unterschrieben werden und somit dem Projekt eine dauerhafte Form geben.</p>
<p><b>Budget</b></p>	<p><b>Finanzielle Ressourcen</b>                  Bund: 100'000                  Kanton: 80'000 (hauptsächlich Kantonales Amt für Raumplanung)</p> <p><b>Personalressourcen</b> (ausserhalb des Budgets)                  Der Kanton stellt zwei Stellen zur Verfügung, Städte und Regionen insgesamt zweieinhalb.</p>
<p><b>Verwaltungsexterne Kooperation und Einbindung wirtschaftlich-politischer Persönlichkeiten</b></p>	<p><b>Verwaltungsexterne Kooperation</b>                  Die Durchführung des Modellvorhabens liegt in erster Linie bei der Verwaltung, unter Einbezug der Bevölkerung und Wirtschaftsakteure.</p>

	<p><b>Einbezug der Wirtschaftsakteure</b>                  Zu Beginn des RUN wurden eine Kommunikationskampagne sowie drei öffentliche Foren, die „Journées citoyennes“, organisiert. Die Bevölkerung und Wirtschaftsunternehmen wurden daran beteiligt. Damit wurde das Modellvorhaben in der Öffentlichkeit bekannt, die Bevölkerung wurde dadurch sensibilisiert. Wirtschaftsakteure und Öffentlichkeit beteiligen sich nun an verschiedenen Arbeitsgruppen, die konkrete Projekte entwickeln. Konkrete Massnahmen werden demnächst der politischen Führung vorgestellt.</p> <p><b>Identifikationsfiguren aus Politik und Wirtschaft</b>                  Das RUN ist ein starkes Element des Legislaturprogramms. Der Gesamt-Regierungsrat steht hinter dem Projekt, unterstützt es und repräsentiert es nach aussen.</p>
<p><b>Ausstrahlung des Modellvorhaben-Perimeters</b></p>	<p>Das Modellvorhaben, im Zusammenhang mit dem Einfluss der Neuen Regionalpolitik, hat in den ländlichen Regionen zu einer neuen Ausrichtung geführt. Städte und Regionen entwickeln Partnerschaften, die mit den oben genannten Vereinbarungen besiegelt werden sollen. Die Akteure verhalten sich proaktiv, um Teil der Projekte zu sein und nicht in einer Abwartestellung zu verharren.</p>
<p><b>Wirtschaftliche Effekte</b></p>	<p><b>Direkte Effekte</b>                  Direkte Effekte des RUN können noch nicht festgestellt werden.</p> <p><b>Indirekte Effekte</b>                  Das Modellvorhaben hat zu einer Orientierung der Raumentwicklungspolitik auf das Potenzial der städtischen Räume geführt, sowie zu einer neuen Dynamik in den Städten und Regionen. Die von den Trägern und Beteiligten des RUN vorgeschlagenen Teilprojekte in den Bereichen Entwicklungsstandorte und Stadtentwicklung, Transport und Infrastruktur, Kultur, Image und Standortförderung sowie Tourismus werden dem Regierungsrat bis Ende 2004 vorgelegt. Das Modellvorhaben hat zur Sensibilisierung für die wirtschaftliche Situation des Kantons beigetragen. Es konnte mehr Verständnis für Sparmassnahmen geschaffen werden, die angesichts geringerer finanzieller Mittel zur Erreichung gemeinsamer raumplanerischer und wirtschaftlicher Ziele notwendig sind.</p> <p><b>Mitnahmeeffekte</b>                  Das RUN hat vom Impuls der Agglomerationspolitik profitiert, um die strategische Raumentwicklung voranzubringen die im Legislaturprogramm des Regierungsrates formuliert ist. Durch das Modellvorhaben wurden Lernprozesse angestossen und Kräfte gebündelt, die es ermöglichen, die Themen auch in Zukunft weiter zu bearbeiten. Ein grosser Aufwand in der Kommunikation, vor allem während der Foren, hat dem Projekt zu einem relativ grossen Bekanntheitsgrad verholfen.</p>

## MACU: Agglomeration Chur und Umgebung

<p><b>Charakter und Ziele des Modellvorhabens</b></p>	<p>Die Agglomeration Chur besitzt zunächst Ähnlichkeit mit einer mittleren Agglomeration im Mittelland. Ihre Besonderheit besteht jedoch darin, dass sie als Alpenregion von wichtigen Tourismuszentren umgeben ist, die unterschiedliche Qualitäten und Angebote aufweisen. Dieser Grundgedanke war Auslöser für die umfassende Perimeterwahl des Modellvorhabens. In dieser Sichtweise wird auch eine mögliche Modellhaftigkeit für vergleichbare Regionen wie Wallis, Interlaken oder Luzern gesehen.</p> <p><b>Ziele</b> Eine gemeinde-, regions- und kantonsübergreifende Form der Zusammenarbeit in Gang setzen. Die Zusammenarbeit anhand konkreter Projekte erproben.</p> <p><b>Wirtschaftliche Teilziele</b> Wirtschaftliche Ziele stehen nicht im Vordergrund, sind aber wichtiges Teilthema und implizit und explizit enthalten: Im Projekt „Optimierung Agglomerations- und Freizeitverkehr“, insbesondere die Schaffung eines gemeinsamen Tarifverbundes für den öffentlichen Verkehr; das Projekt „Tourismus/ Kultur“ wird bei Interesse der Tourismusverbände lanciert.</p>										
<p><b>Perimeter</b></p>	<p>Agglomeration Chur und Teile der Regionen Walensee/Sarganserland, Prättigau, Schanfigg, Mittelbünden, Heizenberg/ Domleschg und Surselva.</p>										
<p><b>Verhältnis Agglomerationsmodellvorhaben zu Agglomerationsprogramm</b></p>	<p>Das Projekt „Optimierung Agglomerations- und Freizeitverkehr“ bildet die Grundlage für die Eingabe als Agglomerationsprogramm im Rahmen der Agglomerationspolitik des Bundes.</p>										
<p><b>Projektorganisation</b></p>	<p><b>Trägerschaft: Verwaltung und Politik</b> Projektteam als operatives Organ: Kanton Graubünden und St. Gallen, Stadt Chur und sieben Regionen (Verwaltung und Regionalsekretariate), Bund. Im Rahmen der Zusammenarbeit mit den Agglomerations-Modellvorhaben wird das Projekt vom seco mitfinanziert und betreut. Projektleitung und –management: Amt für Raumplanung Graubünden Projektausführung und Beratung: privatwirtschaftliches Planerteam Begleitem: Vertreter Gemeinden, Regionen, Kanton, Wirtschafts-, Tourismus-, Umwelt- und Zweckverbände, Bevölkerung.</p> <p><b>Entwicklung der Projektorganisation</b> Bemerkung: In den ersten beiden Jahren war das operative Organ primär auf Fachebene angesiedelt (Verwaltung + Regionalsekretariate). Nächstes Jahr soll eine übergeordnete politisch verankerte Trägerschaft mit den Regionalpräsidenten und je einem kantonalen Fachstellenvertreter sowie einer Geschäftsstelle geschaffen werden. Ein entsprechender Vorschlag ist derzeit in Vernehmlassung.</p>										
<p><b>Budget</b></p>	<p><b>Jahresbudget 2003</b></p> <table border="0"> <tr> <td>Stadt Chur</td> <td>CHF 25'000</td> </tr> <tr> <td>Kantone GR und SG*</td> <td>CHF 25'000</td> </tr> <tr> <td>Sieben Regionen</td> <td>CHF 25'000</td> </tr> <tr> <td>Bund</td> <td>CHF 25'000</td> </tr> <tr> <td>Gesamt</td> <td>CHF 100'000</td> </tr> </table> <p>* Amt für Raumplanung GR und ARE SG</p>	Stadt Chur	CHF 25'000	Kantone GR und SG*	CHF 25'000	Sieben Regionen	CHF 25'000	Bund	CHF 25'000	Gesamt	CHF 100'000
Stadt Chur	CHF 25'000										
Kantone GR und SG*	CHF 25'000										
Sieben Regionen	CHF 25'000										
Bund	CHF 25'000										
Gesamt	CHF 100'000										
	<p><b>Jahresbudget 2004</b></p> <table border="0"> <tr> <td>Stadt Chur</td> <td>CHF 25'000</td> </tr> <tr> <td>Kantone GR und SG*</td> <td>CHF 35'000</td> </tr> <tr> <td>Sieben Regionen</td> <td>CHF 25'000</td> </tr> <tr> <td>Bund</td> <td>CHF 25'000</td> </tr> <tr> <td>Gesamt</td> <td>CHF 105'000</td> </tr> </table> <p>*Amt für Raumplanung GR, Fachstelle für ÖV GR und ARE SG</p>	Stadt Chur	CHF 25'000	Kantone GR und SG*	CHF 35'000	Sieben Regionen	CHF 25'000	Bund	CHF 25'000	Gesamt	CHF 105'000
Stadt Chur	CHF 25'000										
Kantone GR und SG*	CHF 35'000										
Sieben Regionen	CHF 25'000										
Bund	CHF 25'000										
Gesamt	CHF 105'000										

<b>Laufzeit</b>	2003: Phase 1, 2004: Phase 2, 2005: Fortsetzung angestrebt
<b>Verwaltungsexterne Kooperation und Einbindung wirtschaftlich-politischer Persönlichkeiten</b>	<p><b>Verwaltungsexterne Kooperation</b> Die Politik wird in den Regionen (Vorstände) und der Kernstadt (Stadtrat) und im Kanton (Regierungsrat) laufend informiert. Eine direkte Einbindung der Politik in die Trägerschaft wird für die Regionen ab 2005 angestrebt. Das Begleitgremium und der Workshop sollen die Anliegen der Gemeinden und der verschiedenen Interessengruppen wahren und die Tragfähigkeit des Projektes fördern.</p> <p><b>Einbezug der Wirtschaftsakteure</b> Wirtschaftsakteure mit einer gewissen regionalen Bedeutung (Betriebe, Verkehrsverein, Gewerbeverband, regionale Wirtschaftsverbände) wurden in den Workshop in den Befragungen und im Rahmen eines Hearings einbezogen. Weiterhin ist bisher nur Information und Vernehmlassung geplant. Die Projektleitung sieht ihre Aufgabe allerdings darin, für einen grossräumigen Zusammenhalt im MACU Perimeter zu sorgen, für den Erfolg besteht die Notwendigkeit, Wirtschaftsakteure weiterhin einzubeziehen. Interesse von Seiten Tourismusverbänden ist vorhanden, allerdings ist das Modellvorhaben noch weit übergeordnet, die Kooperation hängt von den konkreten Themen ab, zum Beispiel Standortmarketing. Von Seiten der Projektleitung wird das Projekt „Tourismus und Kultur“ angegangen sofern sich Interessierte finden, die aktiv mitmachen.</p> <p><b>Identifikationsfiguren aus Politik und Wirtschaft</b> Für den stärkeren Einbezug von Wirtschaft und Tourismus sind noch schärfere Ziele notwendig. Dafür müssen in Zukunft noch aktive „Köpfe“ als Identifikationsfiguren gefunden werden.</p>
<b>Ausstrahlung des Modellvorhaben-Perimeters</b>	Mit der umfassenden Perimeterwahl wurde der Besonderheit Rechnung getragen, dass die Stadt Chur von wichtigen Tourismuszentren umgeben ist, die unterschiedliche Qualitäten und Angebote aufweisen. Das Modellvorhaben wurde durch die Stadt Chur sowie das kantonale Amt für Raumplanung lanciert, die weiteren Akteure der jetzigen Trägerschaft wurden dazu eingeladen. Aufgrund des Wandels der Politik für die Bergregionen sehen sie darin eine Chance, den Anschluss an die Zentren der Entwicklung nicht zu verlieren.
<b>Wirtschaftliche Effekte</b>	<p><b>Direkte wirtschaftliche Effekte</b> Eine Sensibilisierung der Wirtschaftsakteure wurde erreicht. Konkretes Ziel ist die Schaffung eines gemeinsamen Tarifverbundes.</p> <p><b>Indirekte wirtschaftliche Effekte</b> Die Akteure machen sich durch das Modellvorhaben Gedanken über Strukturvorgänge. Dies führt zu Überlegungen, welche Regionen welche Potenziale bieten was/ wie sie dies in Wert setzen können. Das Modellvorhaben schafft ein Bewusstsein, dass Industrie, Gewerbe, Dienstleistungen, Landwirtschaft, Verkehrs- und Siedlungsentwicklung zusammen hängen. Diese Bereiche müssen als Grundlage für die Entwicklung in der Region besser koordiniert werden.</p> <p><b>Mitnahmeeffekte</b> Auch wenn die Aktivitäten des MACU grundsätzlich ohne Agglomerationspolitik möglich gewesen wären, hat diese einen gewissen Schub in den städtischen und ländlichen Regionen ausgelöst. Man möchte gerade im Zusammenhang mit dem Umbruch in der Berggebietspolitik nicht abgehängt werden.</p>

## Agglomerationsprogramm „Alpenstadt Interlaken“

<p><b>Charakter und Ziele des Modellvorhabens</b></p>	<p>Die Agglomeration Interlaken möchte sich als Alpen- und Tourismusstadt behaupten. Durch das Modellvorhaben sollen Konzept- und Planungslücken aus der spezifischen Sicht einer Agglomeration im Alpenraum geschlossen werden. Als institutioneller Rahmen dient die 2003 gegründete Agglomerationskonferenz.</p> <p><b>Drei Schwerpunkte</b>                  Institutionelle Zusammenarbeit                  Kultur-, Sport-, und Erholungsangebot                  Wirtschaft und Arbeit</p>
<p><b>Perimeter</b></p>	<p>Interlaken und acht Gemeinden (eine Gemeinde mehr als die definierte Agglomeration Interlaken).</p>
<p><b>Verhältnis Agglomerationsmodellvorhaben zu Agglomerationsprogramm</b></p>	<p>Das Agglomerationsprogramm Interlaken umfasst die drei oben genannten Schwerpunkte.                  Ein weiterer Schwerpunkt Siedlung und Verkehr wurde seit Anfang 2004 nachgezogen, nachdem der Kanton Bern den Fokus der Agglomerationspolitik auf diesen Themenbereich gelenkt hat. Dieser Teil des Agglomerationsprogramms soll, trotz Ablehnung des Avanti Gegenvorschlages, Ende 2004 beim Bund eingereicht werden.</p>
<p><b>Projektorganisation</b></p>	<p><b>Trägerschaft: bestehende Struktur des Planungsvereins</b>                  Trägerschaft, Projektleitung und Projektkoordination liegen beim Verein Regionalplanung Oberland Ost (RPL).</p> <p><b>Entwicklung der Projektorganisation</b>                  Im Laufe der Erarbeitung des Agglomerationsprogramms wurde 2003 die Agglomerationskonferenz Interlaken innerhalb des Planungsvereins Region Oberland Ost gegründet. Sie besitzt keine eigene Rechtspersönlichkeit, um keine zusätzlichen Organisationen zu schaffen. Damit liegt beim Planungsverein de facto das Vetorecht für Beschlüsse der Agglomerationskonferenz.</p>
<p><b>Laufzeit</b></p>	<p>2002-2005, seit 2003 als Modellvorhaben</p>
<p><b>Budget</b></p>	<p><b>Jahresbudget</b>                  Bund: CHF 20'000                  Kanton: CHF 20'000                  Gemeinden: CHF 20'000                  Gesamt: CHF 60'000</p> <p>Als Vorarbeit für das Agglomerationsprogramm „Siedlung und Verkehr“ hat der Regionalplanungsverein den Input der Wirtschaft gewünscht. Der Kanton stellt neben dem Modellvorhaben CHF 60'000 für die Erarbeitung des Agglomerationsprogramms zur Verfügung.</p> <p><b>Personalressourcen</b> (ausserhalb des Budgets, Beispiel für 2003):                  Projektleitung: 10 Stellenprozent, Sekretariat: 5 Stellenprozent.                  Die Ressourcen Regionalplanung Oberland Ost sind vor dem Hintergrund der parallel bearbeiteten Aufgaben limitiert.</p> <p>Aus dem Modellvorhaben-Budget werden Aufgaben für Beratung und Studien an die Firma Infraconsult in Bern vergeben.</p>

<p><b>Verwaltungsexterne Kooperation und Einbindung wirtschaftlich-politischer Persönlichkeiten</b></p>	<p><b>Verwaltungsexterne Kooperation</b>                  In der Agglomerationskonferenz sind GemeindepolitikerInnen mit Stimmrecht vertreten; VertreterInnen aus Bund und Kantonsverwaltung haben beratende Stimme. Interessensverbände bringen ihre Anliegen über die Arbeitsgruppen ein.</p> <p><b>Einbezug der Wirtschaftsakteure</b>                  Die Arbeitsgruppe Wirtschaft wurde vom Geschäftsführer der Regionalplanung Oberland Ost einberufen. Wirtschaftsvertreter formulieren Anliegen zu den Teilprojekten „Wirtschaft und Arbeit“ und „Siedlung und Verkehr.“ Ein Schwerpunkt ist die Umnutzung der Flächen des ehemaligen Militärflugplatzes Interlaken, sowie die Verbesserung der Verkehrserschliessung Interlakens.</p> <p><b>Identifikationsfiguren aus Politik und Wirtschaft</b>                  Der Präsident des Handels und Industrievereins (HIV) Interlaken-Oberhasli, ein Unternehmer und Politiker, setzt sich für die Belange der Wirtschaft ein, er ist mit beratender Stimme in der Agglomerationskonferenz vertreten.</p>
<p><b>Ausstrahlung des Modellvorhaben-Perimeters</b></p>	<p>Unter den Gemeinden des Kantons Bern hat die Wachstumsstrategie der Volkswirtschaftsdirektion Kanton Bern zu Unruhe im ländlichen Raum geführt. Das hat die Entwicklung einer Strategie notwendig gemacht, die den ländlichen Raum einbezieht.</p> <p>Die Agglomerationskonferenz Interlaken stellt die Verbindung zwischen den städtischen und ländlichen Gebieten dar. Um konsensfähige Themen zu erarbeiten, liegt die Betonung darauf, dass die Förderung des Zentrums nicht zu Lasten der Gemeinden geht.</p>
<p><b>Wirtschaftliche Effekte</b></p>	<p><b>Direkte wirtschaftliche Effekte</b>                  Der ökonomische Effekt des Modellvorhabens entsteht durch Kostenersparnis im Unterhalt mittels Optimierung bestehender Infrastrukturen, zum Beispiel für Sport- und Freizeiteinrichtungen.</p> <p><b>Indirekte wirtschaftliche Effekte</b>                  Die Antwort der Standortwerbung des Kantons auf den Konkurrenzdruck anderer Regionen und Wirtschaftszweige ist Qualität, Ausbildung und Naturwerte.</p> <p>Das Teilprojekt „Wirtschaft und Arbeit“ des Modellvorhabens ist auf das Drittel jener Arbeitsplätze ausgerichtet, die nicht direkt in der Tourismusbranche mit ihrer relativ geringen Wertschöpfung liegen, aber eng mit ihr verknüpft sind und die Grundlagen für den Tourismus liefern.                  Zum Beispiel wurde beim seco ein Pilotprojekt beantragt: „Destination Alpenregion“                  Pilothaft wäre auch ein Schwerpunkt im Bildungsbereich. Nicht nur Landschaft als solche, sondern Bildungsoffensive im Zusammenhang mit dem Naturpotenzial und den Aktivitäten (Exkursionen, Klettern, Geologie, Glaziologie).</p> <p><b>Mitnahmeeffekte</b>                  Die Agglomerationspolitik ist in den Medien und in der Politik ein Thema: „man muss dabei sein“. Das 1992 erstellte „Entwicklungskonzept Region Oberland Ost“ ist inzwischen ein „Auslaufmodell“, mit dem Impuls des Agglomerationsprogramms kann man unter einem zeitgemässen Titel auftreten und die Personen, die zur Zeit in der Politik tätig sind, ins Boot holen.</p>



## Agglomération Franco-valdo-genevoise (FVG)

<p><b>Charakter und Ziele des Modellvorhabens</b></p>	<p>Das Modellvorhaben als Vorläufer des Agglomerationsprogramms zielt auf die Koordination der Bereiche Siedlung und Verkehr.</p> <p>Der Prozess des Modellvorhabens beinhaltet weitere Themen, die gemeinsam von den Projektpartnern des Modellvorhabens bestimmt worden sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Wirtschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen einer institutionellen Plattform der Region Franco-valdo-genevoise (FVG).</li> <li>• Wohnungswesen: Es herrscht ein Ungleichgewicht zwischen der Anzahl der Wohnung und Arbeitsstellen.</li> </ul>										
<p><b>Perimeter</b></p>	<p>Der Perimeter umfasst den Kanton Genf, den Bezirk Nyon (VD), den französischen Gemeindeverband des Pays de Gex, die Stadt Genf und Annemasse. Die französische Vereinigung ist unter dem Namen Association régionale de coopération (ARC) zusammengefasst.</p> <p>Die auf der französischen Seite ausserhalb der Agglomeration Genf liegenden Räume werden durch das Modellvorhaben stark beeinflusst, so dass die Abgrenzung des Perimeters im Laufe des Modellvorhabens noch präziser definiert werden muss.</p>										
<p><b>Verhältnis Agglomerationsmodellvorhaben zu Agglomerationsprogramm</b></p>	<p>Das Modellvorhaben ist der Vorläufer des angestrebten Agglomerationsprogramms für eine technische und institutionelle Zusammenarbeit in den Bereichen Siedlung und Verkehr.</p>										
<p><b>Projektorganisation</b></p>	<p>Die Projektleitung ist gemeinsam durch je einen Projektleiter aus der Schweiz (Département de l'aménagement, de l'environnement et du logement, DAEL) und aus Frankreich (Vertreter des französischen Gemeindeverbandes des Pays de Gex) gewährleistet. Sie werden durch eine technische Themengruppe sowie einen binationalen Begleitausschuss unterstützt, der aus politischen Mitgliedern beider Länder von Kanton, Conseil régional de Nyon und ARC - Vertretern besteht.</p> <p>Die technischen Themengruppen aus Mitgliedern verschiedener Ämter tragen zur Entwicklung des Agglomerationsprogrammes bei.</p>										
<p><b>Laufzeit</b></p>	<p>Die Laufzeit von 2002 bis 2004 hat im Rahmen des Agglomerations-Modellvorhabens die Entwicklung eines Agglomerationsprogrammes ermöglicht.</p> <p>Das Modellvorhaben wird 2004 zu Ende gehen. Für das Agglomerationsprogramm wurde der Antrag gestellt, es als Interreg III A Projekt durchzuführen. Im Falle einer Zusage, wird das Projekt ab 2005 als Interreg Projekt mit einem Budget von 1'335'000 CHF durchgeführt.</p>										
<p><b>Budget</b></p>	<p>Das Jahresbudget für 2003 und 2004 betrug jeweils rund 60'000 CHF, nach dem folgenden Verteilungsschlüssel:</p> <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 80%;">Bund</td> <td style="text-align: right;">9%</td> </tr> <tr> <td>Kanton GE (durch die Ämter)</td> <td style="text-align: right;">25%</td> </tr> <tr> <td>Kanton VD und die Gemeinden</td> <td style="text-align: right;">6%</td> </tr> <tr> <td>Frankreich</td> <td style="text-align: right;">30%</td> </tr> <tr> <td>EU</td> <td style="text-align: right;">30%</td> </tr> </table> <p><b>Personalressourcen</b> (ausserhalb des Budgets) Seit 2004 jeweils insgesamt 100 Stellenprozent des Kantons Genf und des französischen Gemeindeverbandes.</p>	Bund	9%	Kanton GE (durch die Ämter)	25%	Kanton VD und die Gemeinden	6%	Frankreich	30%	EU	30%
Bund	9%										
Kanton GE (durch die Ämter)	25%										
Kanton VD und die Gemeinden	6%										
Frankreich	30%										
EU	30%										

<p><b>Verwaltungsexterne Kooperation und Einbindung wirtschaftlich-politischer Persönlichkeiten</b></p>	<p><b>Verwaltungsexterne Kooperation</b> Der Genfer Regierungsrat und einige Bürgermeister auf französischer Seite unterstützen das Modellvorhaben.</p> <p>Die Zusammenarbeit zwischen der Genfer Verwaltung in der Schweiz und dem Gemeindeverbandes des Pays de Gex als Träger der Raumplanung in Frankreich wurde im Laufe der Zusammenarbeit erprobt.</p> <p><b>Einbezug der Wirtschaftsakteure</b> Zusammenarbeit im Rahmen der Plattform der Region Franco-valdo-genevoise (FVG)</p> <p><b>Identifikationsfiguren aus Politik und Wirtschaft</b> Es sind keine spezifischen Personen involviert.</p>
<p><b>Ausstrahlung des Modellvorhaben-Perimeters</b></p>	<p>Da eine binationale Kooperation und die Ausstrahlung der Agglomeration Genf auf die umliegenden Gebiete bereits seit langer Zeit besteht, lässt sich die Auswirkung des Modellvorhabens nicht genau feststellen. Wie oben erwähnt, werden jedoch die auf der französischen Seite ausserhalb der Agglomeration Genf liegenden Räume durch das Modellvorhaben stark beeinflusst, so dass die Abgrenzung des Perimeters im Laufe des Modellvorhabens noch präziser definiert werden muss.</p>
<p><b>Wirtschaftliche Effekte</b></p>	<p><b>Direkte Effekte</b> Zum Zeitpunkt der Evaluation noch nicht identifizierbar.</p> <p><b>Indirekte Effekte</b> Das Modellvorhaben hat es ermöglicht, grenzüberschreitenden Projekten einen neuen Impuls zu geben. Das betrifft insbesondere Verkehrsprojekte wie einen gemeinsamen Tarifverbund und den Bau der unterirdischen Fortsetzung der SBB Linie Cornavin – Eaux-Vives – Annemasse (CEVA). Das Modellvorhaben hat dazu beigetragen, die Agglomeration bei den Politikern und Fachverantwortlichen der Verwaltung als eine sinnvolle Grössenordnung zu verstehen, um Raumentwicklungsprobleme zu lösen.</p> <p><b>Mitnahmeeffekte</b> Das im Rahmen des Modellvorhabens besser entwickelte gegenseitige Verständnis im Rahmen der deutsch-französischen „Association régionale de coopération (ARC)“ und die gegenseitige Kenntnis der soziopolitischen Systeme ermöglicht die effizientere Zusammenarbeit, sobald die Kredite im Rahmen des Interreg III A Projektes zugesprochen werden.</p>

### 3. Einschätzung der wirtschaftlichen Effekte

Das folgende Kapitel beurteilt das Ausmass der wirtschaftlichen Effekte der Agglomerationsmodellvorhaben anhand folgender Wirkungstypen: Projektorganisation, interdepartementale Kooperation, Wirkung weiterer Sektoralpolitiken, verwaltungsexterne Kooperation, Rolle von Führungspersönlichkeiten, Ressourcenausstattung sowie Perimeter der Modellvorhaben.

#### 3.1 Bedeutung der Projektorganisation für das Ausmass der wirtschaftlichen Effekte

Die Entwicklung funktionsfähiger Projektorganisationen erweist sich als kritischer Erfolgsfaktor der Modellvorhaben, um direkt oder indirekt angestrebte wirtschaftliche Effekte zu erzielen. Die Modellvorhaben haben vor zwei bis drei Jahren gestartet und zeigen selbstverständlich noch etliche „Kinderkrankheiten“. Die Zusammenarbeitsstrukturen müssen sich in Bezug auf ihre Funktionsfähigkeit, ihre Akzeptanz sowie ihre demokratische Legitimation im Feld etablierter Sektoralpolitiken erst noch finden und positionieren.

Unsere Betrachtung trägt den Tatsachen Rechnung, dass der Erfahrungszeitraum kurz bemessen und die Anzahl der evaluierten Modellvorhaben recht gering ist.

Ein Beispiel für die Hürden der Zusammenarbeit ist die Schaffung von Mehrzweckverbänden, die in vielen Kantonen die einzige Möglichkeit sind, überkommunale Kooperation in Sektoralpolitiken zu institutionalisieren. Die Nachteile bezüglich Schwerfälligkeit und Demokratiedefizite sind bekannt (Richli 1997). Versuche für zukunftsfähige Lösungen, wie etwa die Schaffung der Möglichkeit für „Zweckgemeinden“ im Rahmen der Zürcher Revision der Kantonsverfassung finden bislang keine Unterstützung. Der Prozess erfolgt jeweils in kleinen Schritten, etwa beginnend mit einer Bündelung der Öffentlichkeitsarbeit mehrerer Zweckverbände.

Die Schaffung des Vereins Lucerne Area Contact (LAC), der vier Mehrzweckverbände zu zweien zusammenfasst, hat im Rahmen des Modellvorhabens NEUE AGGLOMERATIONSZUSAMMENARBEIT im Kanton Luzern bisher noch keine Zustimmung erhalten.

Die Qualität der Projektorganisation ist in zweierlei Hinsicht bedeutsam für die Aktionsfähigkeit und Effektivität der Modellvorhaben:

- Erstens, je klarer die Aufgaben und Funktionen durch die Projektorganisationen definiert sind, desto schärfer und greifbarer sind auch die Ziele und (Teil)projekte gefasst.
- Zweitens, je breiter die Projektorganisationen abgestützt sind, desto besser funktioniert die Kooperation und Beteiligung anderer Institutionen und externer Akteure. Dies trifft auch auf den Einbezug der Wirtschaftsakteure zu, die selten von Anfang an direkt, aber immer indirekt Zielgruppe der Modellvorhaben sind.

Ein Grossteil der evaluierten Modellvorhaben wird von kantonalen Planungsämtern getragen und verantwortlich geleitet, aber auch die regionalen und kommunalen Ebenen spielen in einigen Modellvorhaben die Hauptrolle: So wird das MODELLVORHABEN ALPENSTADT INTERLAKEN im Kanton Bern vom Verein Regionalplanung Oberland-Ost getragen, die NEUE AGGLOMERATIONSZUSAMMENARBEIT vom Projekt Agglo und Stadt Luzern. Für die ZONE D'ACTIVITÉS RÉGIONAL DE DELÉMONT (ZARD) ist die Rolle des Kantons unbedeutend, beim MODELLVORHABEN CRÉATION DE L'AGGLOMERATION LAUSANNOISE liegt die Trägerschaft ebenfalls bei den Gemeinden.

Mit der kantonalen und regionalen, thematisch häufig noch generellen Ausrichtung laufen die Modellvorhaben teilweise Gefahr, noch „weit weg“ von der Wirtschaft zu sein, namentlich von lokalen Wirtschaftsakteuren, Gewerbevereinen, Landwirtschaft, Unternehmen und Industrieverbänden, welche letztendlich die Zielgruppen der Strategien zur Standortentwicklung sind.

Ein Beispiel ist das Dachprojekt der AGGLOMERATIONSSTRATEGIE KANTON BERN, die bis zur Vernehmlassung des Berichtes „Von der Agglomerationsstrategie zur Strategie Regionaler Zusammenarbeit“ vom Amt für Gemeinden und Raumordnung bearbeitet wird. Kontakt zur Wirtschaft besteht hier auf der Ebene der Vorstandsebene der Wirtschaftsverbände, lokale Einheiten werden sich erst später, mit der Umsetzung konkreter Massnahmen angesprochen fühlen. Allerdings wird durch das Engagement und die aktive Rolle der regionalen Projekte die Verbindung zu Wirtschaft und Politik auf der lokalen Ebene gewährleistet.

Modellvorhaben, bei welchen Regions- und Gemeindevertreter in Projektleitung und -teams vertreten sind, besitzen von Beginn an mehr Beteiligungsmöglichkeiten. Zum Beispiel ist im Modellvorhaben des Kantons Luzern die Entwicklung von Organisationsstrukturen mit den bestehenden Netzwerken und Akteuren expliziter Inhalt des Modellvorhabens. Bei der Erarbeitung der NEUEN AGGLOMERATIONSZUSAMMENARBEIT als Nachfolgerin des Projektes Agglo und Stadt Luzern (PASL) gilt es zu bedenken, dass die Akteure und Institutionen sich bei der Definition Modellvorhaben-relevanter inhaltlicher Ziele in den institutionellen Fragen verlieren.

Festzustellen ist, dass es kein leichtes Unterfangen darstellt, die geeigneten Wirtschaftsakteure für eine aktive Beteiligung zu identifizieren und zu mobilisieren. „Die“ Wirtschaft existiert nicht, und so versuchen die Akteure der Modellvorhaben je nach Ausrichtung unterschiedliche Zielgruppen der privaten und öffentlichen Wirtschaftskreise zu involvieren; das eine mal sind es Standortförderer, Wirtschaftsverbände aus Industrie und Gewerbe, ein andermal beteiligen sich individuelle Firmen auf lokaler Ebene.

Eine Zusammenarbeitsstruktur mit einem umfassenden Einbezug der Wirtschaftsakteure, etwa als Teil der Projektsteuerung, wurde bislang in keinem der evaluierten Modellvorhaben lanciert. Auch das Modellvorhaben ZONE D'ACTIVITÉS RÉGIONALE DE DELÉMONT befindet sich noch in einer Phase, in der Verwaltung und Politik eine wichtige Rolle spielen. Für die Akteure ist es ein wichtiges Ziel, Zugang zur Zielgruppe, den potentiellen Unternehmer und Investoren, zu finden.

Eine Ausnahme bildet das Modellvorhaben RÉSEAU URBAIN NEUCHÂTELOIS (RUN), das seit der Lancierung der Foren Anfang 2004 Unternehmer als wirtschaftliche Akteure integriert. Die Verantwortlichen des Modellvorhabens werden dem Regierungsrat bis zum Ende des Jahres 2004 konkrete Projekte zur Bewilligung vorlegen.

### **3.2 Die Bedeutung der interdepartementalen Zusammenarbeit und parallel wirkenden Sektoralpolitiken für das Ausmass der wirtschaftlichen Effekte**

Agglomerationsentwicklung ist Teil einer umfassend verstandenen Raumentwicklungspolitik. Als Querschnittsbetrachtung ist es nahe liegend, dass sowohl die planerisch-verkehrlichen als auch die wirtschaftlichen Verwaltungsstellen der Kantone Interesse an funktionsfähigen Agglomerationen besitzen. Die evaluierten Deutschschweizer Modellvorhaben werden ganz oder teilweise von den Planungsämtern der Kantone beziehungsweise von den Planungsverbänden getragen. Die Darstellung der Projektorganisationen in den Steckbriefen in Kapitel 2 zeigt, dass die Beteiligung der Volkswirtschaftsdepartemente in der Projektorganisation noch nicht sehr weit gediehen ist.

Der weitere Intensivierungsbedarf der interdepartementalen Zusammenarbeit wird am Beispiel des Kantons Luzern deutlich. Dort sind die Tätigkeitsfelder im Rahmen der Agglomerationspolitik in getrennten Departementen angesiedelt. Während das Baudepartement sich inhaltlich mit dem Agglomerationsprogramm befasst, bearbeitet das Amt für Justiz und Gemeinden mit dem Projekt Agglo und Stadt Luzern das Modellvorhaben NEUE AGGLOMERATIONS-ZUSAMMENARBEIT die Struktur, die in Zukunft das Gefäss für die Zusammenarbeit in der Region sein kann. Das Verständnis, dass diese Struktur die Grundlage für das Agglomerationsprogramm ist, ist bisher noch nicht ausgeprägt.

Auch in der in der Westschweiz werden die Modellvorhaben stark von den Planungsdepartementen getragen. Allerdings zeichnet sich eine Tendenz zur Beteiligung anderer Departemente ab. Im den Modellvorhaben RÉSEAU URBAIN NEUCHÂTELOIS (RUN) ist das Departement für Verkehr, in dem MODELLVORHABEN CRÉATION DE L'AGGLOMERATION LAUSANNOISE sind sowohl die Departemente für Verkehr als auch die für Wirtschaft beteiligt. In der Regel sind die Vertreter der Departemente als Mitglieder des Steuerungsausschusses eingebunden.

Da sich die Modellvorhaben zumeist noch in der Findungs- und Strukturierungsphase befinden und noch nicht in die Phase der Operationsfähigkeit eingegangen sind, ist es für die Verantwortlichen der Modellvorhaben derzeit noch schwierig, weitere Departemente zu mobilisieren. Es ist davon auszugehen, dass sich diese Situation ändern wird, sobald die Aufgaben und Ziele konkretisiert werden. Das Modellvorhaben ZONE D'ACTIVITÉS RÉGIONALE DE DELÉMONT hat zum Beispiel die Zuwanderung von Arbeitskräften zum Ziel, wodurch 1000 Arbeitsplätze entstehen sollen. Im Falle einer solchen Entwicklung werden die jeweiligen die Behörden für Wohnungswesen und Verkehr hinzugezogen werden.

Auch wenn, aufgrund der planerischen Ausrichtung der Trägerschaften, wirtschaftliche Ziele nur teilweise explizit genannt werden, verfolgen die Akteure der Modellvorhaben zahlreiche indirekte Wirtschaftsziele. Nach Aussage des Projektleiters des MODELLVORHABENS CHUR UND UMGEBUNG, ist die Wirtschaft ein wichtiges Teilziel, das sich aber an die Akteure besser in Form von Sachthemen kommunizieren lässt. So steht trotz Ablehnung des AVANTI-Gegenvorschlages das Thema „Verkehr“ im Vordergrund, konkretes Ziel ist die Schaffung eines gemeinsamen Tarifverbundes für den öffentlichen Verkehr. In Verbindung mit den Bereichen Tourismus und Kultur ist ein Zusammenhang mit wirtschaftlichen Zielsetzungen gegeben. Hier sehen die Träger und Wirtschaftsverbände als zukünftiges Handlungsfeld ein regionales Standortmarketing im Sinne einer gemeinsamen Positionierung nach aussen. Die wirtschaftliche Relevanz des Modellvorhabens spiegelt sich darin, dass das MODELLVORHABEN CHUR UND UMGEBUNG vom seco im Rahmen der Zusammenarbeit mit den Agglomerations-Modellvorhaben mitfinanziert und –betreut wird.

Mit dem Modellvorhaben CRÉATION DE L'AGGLOMERATION LAUSANNOISE versucht man durch die Verkehrsplanung und Wohnungspolitik zu erreichen, dass prioritäre Entwicklungsgebiete dort realisiert werden, wo sie durch ein gutes Angebot des öffentlichen Verkehrs erschlossen sind.

Die evaluierten Modellvorhaben wurden parallel zu Massnahmen anderer Sektoralpolitiken gestartet. Die Wirkungen werden in der Zukunft nicht eindeutig einem Projekt zugeschrieben werden können. Die folgenden Beispiele zeigen, dass die Modellvorhaben im Kontext der Auswirkungen anderer Politikfelder stehen.

Im Kanton Luzern wurde Anfang 2003 der innerkantonale Finanzausgleich in Kraft gesetzt. Damit wurden die Mittelflüsse zwischen Städten und Agglomerationen und innerhalb der Agglomerationen transparenter und politisch diskutierbar. Die Effekte des Modellvorhabens NEUE

AGGLOMERATIONSZUSAMMENARBEIT werden in Zukunft nicht getrennt von den Wirkungen des Finanzausgleichs betrachtet werden können.

In den MODELLVORHABEN AGGLOMERATION CHUR UND UMGEBUNG und ALPENSTADT INTERLAKEN wird es nicht zuletzt der Umbruch in der Berggebietspolitik sein, der die zukünftige Entwicklung und wirtschaftlichen Effekte auch in den Agglomerationen beeinflusst.

Im Kanton Bern wird im kantonalen Richtplan seit 1989 die Strategie der Entwicklungsschwerpunkte verfolgt, wobei sich diese Planungsgebiete erst in den letzten Jahren mit Nutzungen gefüllt haben und sich nun die Effekte der Strategie im Projektfortschritt, in der Standortvermarktung, in der Investitionstätigkeit und der Prioritätensetzung zwischen Kanton und Gemeinden zeigen (Arbeitsgruppe wirtschaftliche ESP 2004). Aufgrund der bereits langen Laufzeit und getätigten Infrastrukturinvestitionen werden die Effekte für die Wirtschaft wesentlich stärker sein als die institutionellen Fragen des Modellvorhabens AGGLOMERATIONSSTRATEGIE KANTON BERN.

Ebenfalls im Kanton Bern wurde mit der Revision des Kantonalen Richtplans im Juni 2002 die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden überprüft. Ein funktionierendes Lastenausgleichsgesetz soll die Zentrumsabgeltung auf Kantonsebene regeln.

Sowohl das Modellvorhaben RÉSEAU URBAIN NEUCHÂTELOIS (RUN) als auch das Modellvorhaben AGGLOMÉRATION FRANCO-VALDO-GENEVOISE (FVG) ist eng mit der Verkehrspolitik der jeweiligen Kantone verknüpft. In Neuchâtel wird durch das Teilprojekt TransRUN eine bessere Vernetzung der drei Städte des Kantons angestrebt. Dies wird einen grossen Einfluss auf die Vernetzung des Gesamtverkehrs im Kanton haben. In Genf ist das Projekt der unterirdische Verlängerung der SBB Linie Cornavin – Eaux-Vives - Annemasse (CEVA), ein wichtiges Verkehrsprojekt, das in Zukunft einen grossen Einfluss auf die Entwicklung der Agglomeration Franco-Valdo Genevoise entfalten wird.

### **3.3 Die Bedeutung verwaltungsexterner Kooperation und wirtschaftlich-politischer Persönlichkeiten (Leadership) für das Ausmass der wirtschaftlichen Effekte**

Wirtschaftliche Effekte der Agglomerationsmodellvorhaben entstehen dann, wenn beteiligte Akteure ihre Initiativen auf ein gemeinsames Ziel hin bündeln und diese verstärkte Zusammenarbeit zu leistungsfähigeren Strukturen der Agglomeration mit geringeren Transaktionskosten führen.

Es entstehen Effekte für die Wirtschaft indirekt durch Effizienzgewinn in verwaltungstechnischen Abläufen und gemeinsam genutzten Infrastrukturinvestitionen.

Um dieses abstrakt formulierte Ziel zu erreichen, sind die Projektverantwortlichen der Modellvorhaben auf „Verbündete“ sowohl in der Politik als auch in der Wirtschaft angewiesen, denn kantonale Verwaltungen verfügen über viel zu wenig Hebelwirkung auf entwicklungsrelevante Ressourcen, um Modellvorhaben „im Alleingang“ zur Wirkung zu bringen.

Der Einbezug von VertreterInnen aus der Wirtschaft wird von den Projektträgern der Modellvorhaben durch unterschiedliche Formen wie Foren, Befragungen, Hearings und Workshops gewährleistet. Die Untersuchung der Modellvorhaben hat deutlich hervor gebracht, dass Wirtschaftsakteure sich umso eher engagieren, je konkreter die Anknüpfungspunkte und je ergebnisorientierter die Projekte ausgestaltet sind, die im Rahmen eines Modellvorhabens lanciert werden. Dies ist zugleich die beste Voraussetzung für positive wirtschaftliche Effekte.

Die Rückseite der Medaille ist die Gefahr für ein Modellvorhaben, lokale oder Einzelinteressen zu wecken, welche die übergeordneten Ziele und Koordination ins Hintertreffen geraten lassen. Dies könnte letztlich mit der Gefährdung der langfristig beabsichtigten Wirkungen eines Modellvorhabens einhergehen, dass einzelne Wirtschaftsakteure zu dominant auftreten just in

einer Phase des Modellvorhabens, in der die Gesamtzielsetzung noch zu wenig gefestigt ist. Im MODELLVORHABEN AGGLOMERATION CHUR UND UMGEBUNG signalisieren sowohl Projektleitung als auch die Freizeit Graubünden AG grundsätzliches Interesse an einer Zusammenarbeit für ein verbessertes Standortmarketing in einem Projekt „Tourismus/ Kultur“. Bis das Projekt tatsächlich lanciert werden kann, müssen jedoch auf beiden Seiten noch Konkretisierungen erfolgen, Anreize gesetzt und „aktive Köpfe“ gefunden werden.

Im Kanton Bern weist der in das Modellvorhaben involvierte Vertreter des Hauseigentümerverbandes darauf hin, dass die Akteure der AGGLOMERATIONSSTRATEGIE KANTON BERN sich in der Vernehmlassung und in der weiteren Umsetzung noch mit der Wirtschaft auseinander zu setzen haben. Denn die Spitzen der Verbände sind nicht repräsentativ für „die Wirtschaft“, sie haben nicht die gleichen Anliegen wie die lokale Wirtschaft.

Als Teilprojekt des Modellvorhabens NETZSTADT AARAUOLTENZOFINGEN strebt man an, in Zukunft Wirtschaftsakteure in das konkrete Projekt eines grenzüberschreitenden „Agglomerationsparks“ einzubeziehen, das als identitätsstiftende „grüne Schiene“ zur Aufwertung des Wohnumfeldes und der Standortattraktivität dienen soll.

Im Rahmen der NEUEN AGGLOMERATIONSZUSAMMENARBEIT des Projektes Agglomeration und Stadt Luzern (PASL) ist es der Inhaber einer grösseren Firma, der die Gründung eines „Agglo-Clubs“ zur Förderung von Infrastrukturprojekten vorgeschlagen hat. Zudem wurde das Projekt in der Anfangsphase stark durch einen mittlerweile in den Ruhestand getretenen Regierungsrat unterstützt, der eine wichtige argumentative Rolle als Gegengewicht zur stark ausgeprägten Gemeindeautonomie gespielt hat.

Der Regierungsrat spielt im Rahmen des RÉSEAU URBAIN NEUCHÂTELOIS (RUN) eine wichtige Rolle, da er das Modellvorhaben in das Legislaturprogramm aufgenommen hat und sich dafür einsetzt. Zudem organisierte er drei Foren, die „Journées citoyennes“, um die Beteiligung der Bevölkerung und Privatwirtschaft im Modellvorhaben zu sichern zu stellen.

Auch das MODELLVORHABEN CRÉATION DE L'AGGLOMERATION LAUSANNOISE führte Foren mit den gleichen Zielen durch. Am Beispiel Lausanne zeigt sich aber auch, dass eine starke Vertretung von Interessen, hier durch den Kanton, ursprüngliche Ziele des Modellvorhabens verdrängen kann. Der Kanton hat nach der Ablehnung des AVANTI Gegenvorschlages den Lead übernommen um das Projekt, im Zusammenhang mit der Neuerrstellung des Richtplans, stark auf Massnahmen im Bereich Siedlung und Verkehr ausgerichtet. Damit wurde die ursprüngliche Dynamik des Modellvorhabens, die eine bessere Zusammenarbeit zum Ziel hatte, für das Jahr 2004 zurück gedrängt.

Im Rahmen des Modellvorhabens ALPENSTADT INTERLAKEN hat sich die Wirtschaft stark in der Person eines Gewerbetreibenden, ein Politiker und Vertreter des Hauseigentümerverbandes, Gehör für die wirtschaftliche Belange im Modellvorhaben verschafft. Hier besteht die Tendenz einer starken Einmischung in die Gesamtziele der bewusst breit angesetzten Strategie der Träger des Modellvorhabens.

Im Modellvorhaben der Zone d'activités régionale de Delémont (ZARD) machen die Bürgermeister der Trägergemeinden ihren Einfluss geltend, um das Projekt bei den Gemeinden durchzusetzen und einzuführen. Die Akteure streben eine Public-Private-Partnership unter der Leitung einer Person aus der Privatwirtschaft, und die Schaffung eines einheitlichen Gewinnsteuersatzes für die ZARD (commune fiscale autonome) an. Damit soll sich das Projekt ab 2005 zunehmend selbständig, zusammen mit dem Wirtschaftsakteuren entwickeln

### **3.4 Bedeutung der finanziellen und personellen Ressourcen für das Ausmass der wirtschaftlichen Effekte**

Bei den finanziellen Ressourcen für die Modellvorhaben handelt es sich programmgemäss durchweg um Anschubfinanzierungen zur Schaffung von Projektorganisationen und der Definition von Zielen und Aufgaben, Strategieentwicklung, jedoch nicht um Infrastrukturinvestitionen. Die Beteiligung des Bundes an den Modellvorhaben liegt in keinem der evaluierten Deutschschweizer Modellvorhaben über 38 Prozent, in der Westschweiz beträgt der Anteil im Fall des RÉSEAU URBAIN NEUCHÂTELOIS (RUN) 55% und des Modellvorhabens CRÉATION DE L'AGGLOMERATION LAUSANNOISE 50%. Entsprechend der Anforderungen steuern die Kantone und Gemeinden wichtige Ergänzungen bei, so dass Jahresbudgets zwischen CHF 60'000 und 150'000 zur Verfügung stehen.

Beiträge der Kantone erfolgen zum Teil zusätzlich durch Ausgaben für Studien, die parallel auch durch die Modellvorhaben genutzt werden und damit deren Budgets entlasten. Dies ist in den Modellvorhaben RÉSEAU URBAIN NEUCHÂTELOIS (RUN) und CRÉATION DE L'AGGLOMERATION LAUSANNOISE der Fall.

Da die Budgets der Modellvorhaben nur in sehr geringem Masse die Bereitstellung von Personalmitteln erlauben, wird die Arbeitszeit für die Modellvorhaben im Rahmen der bestehenden Personalausstattung aufgebracht. Für die AGGLOMERATIONSSTRATEGIE DES KANTONS BERN werden, inklusive der Bearbeitung von Teilprojekten, insgesamt nach einer sehr groben Schätzung 100 Stellenprozente für das Modellvorhaben aufgebracht. Die Projektleitung im Modellvorhaben ALPENSTADT INTERLAKEN investiert etwa 15 Stellenprozente. Besonders in der Westschweiz verstärken sich die Teams. So werden für das Modellvorhaben RÉSEAU URBAIN NEUCHÂTELOIS (RUN) insgesamt etwa 400 Stellenprozente eingesetzt, für die ZONE D'ACTIVITÉS RÉGIONALE DE DELÉMONT (ZARD) und das MODELLVORHABEN AGGLOMÉRATION FRANCO-VALDO-GENEVOISE (FVG) sind es insgesamt 100 bis 200.

Die Beispiele können nur einen groben Einblick in den personellen Ressourcen-Input liefern, da die aufgebrachten Personalressourcen von den Beteiligten nicht immer erfasst werden und sich die Tätigkeiten nicht klar von anderen Projekten trennen lassen.

Die Verantwortlichen der Modellvorhaben NEUE AGGLOMERATIONSZUSAMMENARBEIT AGGLO UND STADT LUZERN, ALPENSTADT INTERLAKEN, AGGLOMERATION CHUR UND UMGEBUNG, RÉSEAU URBAIN NEUCHÂTELOIS (RUN) ziehen externe Berater im Mandatsverhältnis bei.

Aufgrund der bewusst gering gehaltenen Budgets und vor dem Hintergrund der im Kapitel 3.2 erwähnten gleichzeitig einwirkenden Sektoralpolitiken zeigt sich, dass andere Projekte einen weitaus direkter spürbaren Effekt auf die wirtschaftliche Entwicklung innerhalb des Perimeters der Modellvorhaben entfalten können. Daher ist es nicht möglich, die entsprechenden Effekte der Modellvorhaben aus parallel einwirkenden Entwicklungen, die zeitlich und räumlich mit den Modellvorhaben um Wirkung konkurrieren, zu isolieren.

### **3.5 Die Bedeutung des Modellvorhaben-Perimeters für das Ausmass der wirtschaftlichen Effekte**

Der Prozess der Modellvorhaben spiegelt das difficile Verhältnis des Kantons sowohl als Hüter des territorialen Gesamtinteresses als auch der Stärkung der Agglomerationen als Wachstumskerne wieder. Die Modellvorhaben stellen konkrete Handlungsfelder in einer frühen Phase der Agglomerationspolitik dar. Die Träger sind damit konfrontiert, dass die Förderung der Agglomerationen durch die parallele Förderung der ländlichen Räume begleitet werden



muss, um mit den Modellvorhaben Akzeptanz zu erlangen.

In den periphereren Räumen jenseits des Agglomerationsperimeters sind zweierlei, sich durchaus überlagernde Reaktionen, festzustellen:

Ein sogenannter „Push-Effekt“ der Modellvorhaben zeigt sich dort, wo die ländlicheren Regionen eher versuchen, auf den Zug der Agglomerationspolitik aufzuspringen, um den Anschluss bezüglich künftiger Mittelvergabe nicht zu verpassen. Mit anderen Worten ist hier die Furcht vor dem Abseitsstehen der Antrieb zur Beteiligung.

Die anders geartete Reaktion kann als „Pull-Effekt“ der Modellvorhaben bezeichnet werden: bei diesen Gemeinden und ländlicheren Regionen ist eine eigene Motivation und Bereitschaft festzustellen, sich selber „fit zu machen“, um die Chance der Potenziale im näheren und weiteren Umfeld der Zentren zu nutzen. Diese Haltung wird nicht zuletzt gefestigt durch die Erkenntnis, dass die bisherigen Sektoralpolitiken für die peripheren und Bergregionen in einem tief greifenden Wandel begriffen sind.

Der Pull-Effekt der Modellvorhaben könnte mittelfristig in einen „Warteschlangen-Effekt“ münden. Ein wirksames und effizientes Agglomerations-Modellvorhaben überzeugt die beteiligten Kommunen und Wirtschaftsakteure. Dieser positive Leistungsausweis wird nach aussen kommuniziert und motiviert räumlich weiter aussen liegende Gemeinden des ländlichen Raumes, am Erfolgsmodell ebenfalls teilzuhaben. Da die Projektorganisation in der Regel gut daran tut, ein organisches Wachstum vom Kleinen zum Grösseren anzustreben, entsteht eine Erwartungshaltung und besagte Warteschlange von Gemeinden, die bald auch mitmachen wollen.

Im Modellvorhaben der ZONE D'ACTIVITÉS RÉGIONALE DELÉMONT (ZARD) geht es den Gemeinden darum, konkret von den wirtschaftlichen Vorteilen der Nutzung einer Gewerbezone zu profitieren.

In der AGGLOMÉRATION FRANCO-VALDO-GENEVOISE (FVG) sind insbesondere die Gemeinden im französischen Teil der Agglomeration auf eine Zusammenarbeit angewiesen um sich zu entwickeln, da Genf trotz der nationalen Grenze das Wirtschaftszentrum darstellt.

Am Beispiel des RÉSEAU URBAIN NEUCHÂTELOIS (RUN) wird die Überlagerung der Pull- und Pusheffekte deutlich. Durch die Unterzeichnung von Verträgen zwischen Städten und Regionen sollen die ländlichen Regionen von der Dynamik der Städte profitieren und nicht abseits zu stehen, während die Städte sich als Netzwerk in der Schweiz besser positionieren können.

In der AGGLOMERATIONSSTRATEGIE DES KANTONS BERN wurde dem ausgleichenden Anspruch an den Kanton Rechnung getragen, indem der Perimeter ländlichere Räume einschliesst. Dies wird durch den Titel des Berner Berichtes „Von der Agglomerationsstrategie zur Strategie Regionaler Zusammenarbeit“ unterstrichen.

Das MODELLVORHABEN ALPENSTADT INTERLAKEN, als Teilprojekt des kantonalen Dachprojektes des Kantons Bern, betrachtet die 2003 gegründete Agglomerationskonferenz Interlaken als Verbindung zwischen den städtischen und ländlichen Gebieten. Um konsensfähige Themen zu erarbeiten, liegt die Betonung darauf, dass die Förderung des Zentrums nicht zu Lasten der Gemeinden geht, sondern für die Lebensfähigkeit der gesamten Region relevant ist. Ein Wirtschaftsvertreter aus Interlaken steht der Motivation des Kantons Bern, das Vorhaben zu fördern, aber auch kritisch gegenüber: Er betrachtet es als ein „Zuckerstück“ zur „Beruhigung“ der ländlichen Räume. Die Projektleitung des MODELLVORHABENS ALPENSTADT INTERLAKEN betont, dass mit der innerhalb des Vereins Regionalplanung Oberland Ost gegründeten Agglomerationskonferenz keine konkurrierende Organisationsform entstanden ist.

Im Modellvorhaben NETZSTADT AARAUOLTENZOFINGEN wird das positive Interesse der ländlichen Gemeinden beobachtet, die davon ausgehen, im regionalen Rahmen ihre anstehenden Probleme besser lösen zu können als in den Einzelgemeinden.

Das Modellvorhaben AGGLOMERATION CHUR UND UMGEBUNG hat mit der umfassenden Perimeterwahl der Besonderheit Rechnung getragen, dass die Stadt Chur von wichtigen Tourismuszentren umgeben ist, die unterschiedliche ergänzende Qualitäten und Angebote aufweisen. Die Akteure der ländlicheren Räume, die in die Trägerschaft aufgenommen wurden, sehen aufgrund des Wandels der Politik für die Bergregionen darin eine Chance, den Anschluss an die Zentren der Entwicklung nicht zu verlieren.

## 4. Empfehlungen

Die Erkenntnisse aus dem Kapitel 3 werden hier in Handlungsempfehlungen gemünzt, die sich an die für die Agglomerations-Modellvorhaben verantwortlichen Akteure richten. Die Empfehlungen besitzen eher generellen Charakter und sind in der Regel nicht auf spezifische Akteure ausgerichtet. Dabei gilt es vor Augen zu behalten, dass im Rahmen des subsidiären Staatsverständnisses der Schweiz primär die Kantone und Gemeinden angesprochen sind; der Bund übernimmt in der Regel eine Rolle, die Anreize schafft, Lernprozesse ermöglicht und übergeordnetes Controlling umfasst.

### 4.1 Empfehlungen zur Zielsetzung der Modellvorhaben

Die wirtschaftliche Zielsetzung ist nur eines unter den vom Bundesamt für Raumentwicklung und dem seco vorgegebenen Zielen der Modellvorhaben. Das Ziel der Erhaltung der wirtschaftlichen Attraktivität und der Leistungsfähigkeit von Agglomerationen ist in die generelle Stossrichtung der nachhaltigen Raumentwicklung eingebunden. Gerade wenn die Modellvorhaben entsprechend des von ARE und seco formulierten Anspruchs auf interdepartementale Zusammenarbeit ausgelegt sind, sind die Ziele meist so miteinander verwoben, dass es kaum möglich ist, die einzelnen direkten oder indirekten Wirkungen getrennt voneinander zu erfassen. Entsprechend ist keines der evaluierten Modellvorhaben als rein wirtschaftlich orientiertes Projekt konzipiert worden.

Ein grosser Teil der Modellvorhaben nennt als übergeordnetes wirtschaftliches Ziel die Verbesserung der Standortgunst oder der Standortentwicklung. Die augenfälligste direkte wirtschaftliche Zielsetzung ist dabei die Ausrichtung der Modellvorhaben auf eine bessere Positionierung im Standortwettbewerb, die Schaffung von Projekten zum Standortmarketing sowie die Pflege der Wirtschaftskontakte. In der Konkretisierung und inhaltlichen Ausgestaltung dieser Ziele erhalten für die Akteure der Modellvorhaben diejenigen Handlungsfelder und Politikthemen einen hohen Stellenwert, welche die Grundlage für die Entwicklung der wirtschaftlichen Ziele bilden und damit längerfristige Effekte schaffen:

- Optimierung des öffentlichen und privaten Agglomerations- und Freizeitverkehrs,
- verbessertes Sport- und Erholungsangebot,
- Kulturangebot,
- Landschaftsqualität als Grundlage für Tourismus und Wohnqualität,
- Lehr- und Lernangebote,
- Zusammenarbeit in der Siedlungs- und Freiraumentwicklung,
- Strategien für das Wohnungswesen.

Diese Ausrichtung der Ziele der Modellvorhaben ist durch zwei Ausgangspunkte geprägt. Zum einen ziehen die finanziellen Anreize für die Modellvorhaben sowie die in Aussicht gestellten Mittel für die Agglomerationsprogramme gleichsam von oben entsprechende Aktivitäten nach sich. Zum zweiten erkennen die Akteure von unten zunehmend die Notwendigkeit, ihre hoheitlichen Aufgaben überkommunal effektiver und effizienter zu bewältigen. Diese beiden Handlungsmotive, im vorangegangenen Kapitel als Push- und Pull Effekte identifiziert, sind für die zukünftige Motivation der Akteure zu nutzen. Allerdings wird es methodisch schwierig sein, die spätere (wirtschaftliche) Auswirkung dieser Bewusstseinsentwicklung und der daraus folgenden Handlungen nachzuweisen.

Um aus der Betrachtung der Zielsetzungen die entsprechend kommunizierbaren Lehren für weitere Modellvorhaben ziehen zu können ist es notwendig, die erwünschten Effekte zu

identifizieren. Insgesamt können drei Gruppen von Effekten unterschieden werden:

- Direkte Effekte auf die wirtschaftliche Entwicklung.
- Indirekte oder Impulseffekte, die zum Beispiel auf effizientere und wirkungsvollere Zusammenarbeitsformen zielen oder das Bewusstsein für regionale Projekte fördern.
- Mitnahmeeffekte, das heisst Vorteile und Anreize, die sich für die Akteure bieten, wenn sie die Modellvorhaben als „Zusatzaktivitäten“ zu anderen Programmen und Instrumenten begreifen und sich entsprechend daran anhängen.

---

**Die Herausbildung überkommunaler, regionaler Identitäten von funktionalen Wirtschafts- und Lebensräumen gelingt umso erfolgreicher, je enger die Zusammenarbeitsprojekte sich um konkret formulierte und problemorientierte Themen scharen. Gemeinsam tätiges Handeln entwickelt Routinen, gemeinsame Wahrnehmungen, erzeugt Vertrauen und weckt schliesslich Interesse, den begonnenen Weg der Zusammenarbeit zu verstärken und zu vertiefen. Diese positiv kumulative Spirale ist als überzeugendes „Verkaufsargument“ der Standort- und Wirtschaftsförderungen zu nutzen, um Partnerschaften mit Wirtschaftsverbänden und Unternehmen eingehen zu können. Die lokal und regional verantwortlichen Behörden schätzen die wichtige Rolle des Bundesamtes für Raumentwicklung sowie des Staatssekretariates für Wirtschaft seco. Die Bundesämter dokumentieren mit ihrer Unterstützung der Modellvorhaben die aufs engste verwobene Wechselwirkung von Raum- und Wirtschaftsentwicklung zugunsten einer nachhaltigen Gesamtentwicklung.**

---

Die Einschätzung zur Rolle insbesondere des seco in dieser Empfehlung kontrastiert zum Teil mit den Ergebnissen der Vernehmlassung zum Bundesgesetz über Regionalpolitik (NRPG) (URL: <http://www.seco.admin.ch/themen/wirtschaftsstandort/regionalpolitik/neukonzeption/-index.html>). Eine grosse Mehrheit der Vernehmlasser lehnt eine im Gesetzesentwurf vorgesehene Öffnung der Neuen Regionalpolitik in Richtung der Agglomerationen mittels Förderung von Modellvorhaben ab. Die Befürchtungen drehen sich um einen verschärften Wettbewerb um knappe Fördermittel sowie um die mangelnde Verfassungsgrundlage einer solchen Agglomerationsförderung.

Von zahlreichen Vernehmlassern wird ein differenziertes Vorgehen vorgeschlagen. Zum einen soll die Unterstützung von Modellvorhaben in Agglomerationen gesetzlich separat geregelt werden. Zum anderen wird die Unterstützung von Modellvorhaben dort anerkannt, wo sich Stadt-Land-Partnerschaften entwickeln, die den ländlichen Räumen dienen.

Die vorliegende Wirkungsabschätzung unterstreicht, dass das seco eine unterstützende Rolle für die Herausbildung von funktionsfähigen Agglomerationen spielt. Etliche der untersuchten Modellvorhaben legen besonderen Wert auf die Einbindung von Akteuren aus den ländlicheren und touristischen Räumen ausserhalb des unmittelbaren Perimeters der Agglomeration.

#### **4.2 Empfehlungen zum Einsatz von Finanz- und Personalressourcen der Modellvorhaben**

Aus der Untersuchung der Projektbudgets ist ersichtlich, welche Institutionen wie viele Finanzmittel an die Modellvorhaben beisteuern. Die Interviews haben gezeigt, dass sich Unterschiede zwischen den Modellvorhaben bei der Mittelallokation für einzelne Projektphasen zeigen. Dieser Umstand deutet darauf hin, dass der Lernprozess der jeweiligen Modellvorhaben nicht linear verläuft. An diesem Sachverhalt lässt sich ablesen, dass die Notwendigkeit

der Koordination des Ressourceneinsatzes sich erst im Verlauf des Modellvorhaben-Prozesses abzeichnet. Damit verbunden ist die Schwierigkeit, das eingeplante Personal - seien es verwaltungsinterne Mitarbeiter oder externe Berater – auch problem- und zeitgerecht einzusetzen.

Dieselbe Problematik trifft die eindeutige Formulierung von Arbeitszielen, entsprechenden Schritten und Massnahmen. Trotz einer generell formulierten Zielrichtung zeigt sich erst im konkreten Arbeitsprozess, in welcher Phase zum Beispiel eine extern zu vergebende Analyse in Auftrag gegeben werden soll, womit auch der entsprechende Finanzmittelfluss nicht eindeutig zu planen ist. So ist durchaus nachvollziehbar, wenn in der Zielfindungsphase eher weniger Finanzbedarf als geplant besteht, während im fortgeschritteneren Stadium verstärkte Nachfrage nach Fachpersonen mit Wissen und Können oder die Finanzierung konkreter Massnahmen entsteht.

Der im Verlauf des Arbeitsprozesses ansteigende Einsatz von Personalressourcen ausserhalb des Finanzbudgets der Modellvorhaben zeigt, dass ein tatsächliches Engagement der Akteure zum Voranbringen ihrer Projekte besteht. Die Mobilisierung von Personalressourcen und die Motivation zum längerfristigen Commitment ist damit ein entscheidender Erfolgsfaktor für die Zukunft der Modellvorhaben.

Zur Mobilisierung bestehender Ressourcen gehört auch die Nutzung der Ergebnisse von Studien, wie sie zum Beispiel im Rahmen der Revision und Neuerstellung von kantonalen Richtplänen erstellt werden.

Dennoch zeigen sich hier die Grenzen des Schweizer Milizsystems. Die Behörden in kleineren und mittleren Gemeinden stossen im Rahmen solcher Modellvorhaben in der Regel an ihre Leistungs- und Kapazitätsgrenzen. Erfolge sind daher nur dann zu erwarten, wenn es gelingt, die eigenen Ansprüche an den Ressourceneinsatz in Übereinstimmung zu bringen mit den Zielen, die für ein Modellvorhaben gesteckt werden.

---

**Die Modellvorhaben sollen eine hohe Flexibilität besitzen, ihre Finanz-, Personal und Wissensressourcen problem- und situationsbezogen einsetzen und damit je nach Projektphase unterschiedlichen Bedürfnissen Rechnung tragen können. Zu dieser Anforderung gehört auch die sinnvolle und gezielte Bündelung der finanziellen und beratenden Unterstützung durch die involvierten Bundesstellen, vor allem des Bundesamtes für Raumentwicklung und des Staatssekretariats für Wirtschaft. Bewährte Methoden dazu sind Leistungsvereinbarungen mit Leistungsaufträgen, Globalbudgets und einem adäquaten Controlling.**

---

#### **4.3 Empfehlungen zum Akteursverhalten und zur Kooperation**

Territorial Governance wird in der Neuen Regionalpolitik als wichtiges Teilziel hervorgehoben und in den Agglomerations-Modellvorhaben in viel versprechenden Ansätzen ausprobiert und gestärkt. Damit ist eine funktionsfähige Projektorganisation und die Institutionalisierung effizienter Zusammenarbeit ein unbestritten wichtiges wirtschaftliches Ziel. Dies bedeutet horizontale und vertikale Kooperationsstrukturen, die in allen Modellvorhaben als wichtige Themen aufgegriffen wurden. Fortschritte in der überkommunalen Zusammenarbeit im Sinne von spürbar verbesserten Leistungen der Politik sind einerseits schwer zu fassen. Zugleich vergrössern sich mit dem Engagement der kantonalen Verwaltungen in den Modellvorhaben sowie der Entwicklung der Projektorganisationen, ihrer Ziele und Aufgaben jedoch auch die Reibungsflächen mit den bestehenden Institutionen, Zuständigkeiten und Netzwerken. Dies kommt in der immer wieder thematisierten Frage der Einführung einer möglichen vierten

Staatsebene zum Ausdruck. Die Akteure der Modellvorhaben sind darauf bedacht, den Eindruck zu vermeiden, sie wollen die bestehende Dreiebenen-Struktur in Frage stellen. Dies schränkt zugleich den Handlungsspielraum und die Durchsetzungskraft ein. Keines der evaluierten Modellvorhaben hat bisher eine Struktur mit eigener Rechtspersönlichkeit geschaffen. Eine Ausnahme bildet das nicht untersuchte Modellvorhaben der Agglomeration Fribourg, das seinen Prozess zur Gebietsreform unter dem Dach eines Modellvorhabens weiter voranbringt (URL: [http://www.are.admin.ch/are/de/raum/Politiquedesagglomerations\\_5/unterseite22/index.html](http://www.are.admin.ch/are/de/raum/Politiquedesagglomerations_5/unterseite22/index.html)).

Mit dieser Zurückhaltung und aufgrund der Ressourcenrestriktionen ist der Handlungsspielraum der Projektleitungen und Beteiligten am Modellvorhaben limitiert.

Die Frage, wie eine frühzeitige und sinnvolle Koordination der Führungsverantwortung und interdepartementalen Zusammenarbeit sowohl innerhalb der Projektorganisation der Modellvorhaben als auch nach aussen aussehen soll, muss dauerhaft diskutiert werden. Um die Akteure der Modellvorhaben handlungsfähig zu machen, sind Aushängeschilder im Stile von politisch denkenden Unternehmern oder unternehmerisch handelnden Politikern notwendig. Sie sind treibende Kräfte um die zahlreichen Unsicherheiten und Unwägbarkeiten, die mit einem Modellvorhaben verbunden sind, zu reduzieren oder in eine mobilisierende Kraft umzumünzen. Alle Modellvorhaben weisen darauf hin, dass ein Umkehrschluss bezüglich des Stellenwertes der Kooperation nicht zulässig ist: Bisher noch nicht effiziente und funktionsfähige, noch schwach abgestützte und legitimierte Projektorganisationen sind kein Beleg für fehlenden Bedarf an verbesserten Zusammenarbeitsstrukturen. Sie liefern vielmehr Hinweise auf die Notwendigkeit wesentlich grösserer finanzieller, fachlicher und politischer Unterstützung und Entwicklung.

Es ist unabdingbar, dass der Kanton hinter den Modellvorhaben steht und die Ziele politisch unterstützt. Der Rückzug einer politisch treibenden Kraft gefährdet den Antrieb der Modellvorhaben. Die Steckbriefe zeigen deutlich die Bedeutung von anerkannten „Köpfen“ aus Wirtschaft und Politik als Identifikationsträger für die Idee der funktionierenden Agglomerationen.

---

**Die Unterstützung von Modellvorhaben und ihrer Projektorganisationen muss mittelfristig darauf zielen, leistungsfähige territoriale Strukturen zu entwickeln, die dadurch nicht zuletzt zur Stärkung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit führen. Die Modellvorhaben bieten in dieser Hinsicht eine Chance als „Versuchslabor“, vorausgesetzt sie werden entsprechend sorgfältig geplant, gesteuert und unterstützt. Kantone und Gemeinden stehen dabei primär in der Pflicht. Die untergeordneten Staatsebenen sind jedoch auf die partnerschaftliche Rolle des Bundesamtes für Raumentwicklung und des Staatssekretariates für Wirtschaft angewiesen. Deren Funktion als Impulsgeber, Verstärker und Vermittler von Erfahrungen wird von den Projektträgern nicht nur als sinnvoll, sondern als notwendig erachtet.**

---

#### **4.4 Empfehlungen für den Lernprozess der Modellvorhaben im Hinblick auf bestehende Sektoralpolitiken**

Im Lernprozess der Akteure im Kontext anderer Politiken zeigt sich die Bandbreite und Relevanz der Modellvorhaben. Eine Evaluation der Effekte der Modellvorhaben im Vergleich zu Auswirkungen weiterer raumrelevanter Sektoralpolitiken und standortbezogener Förderinstrumente setzt voraus, dass Ergebnisse zu den Auswirkungen dieser Sektoralpolitiken

sowie ihrer Gesamteffekte als Vergleichsgrundlage vorliegen. Bislang liegen keine Studien vor, die vergleichend den Einzelbeitrag einer Sektoralpolitik an die Leistungsfähigkeit eines Standortes untersuchen. Dennoch wird dem aufmerksamen Beobachter der Raumentwicklung rasch klar, dass ausgabenstarke raumrelevante Sektoralpolitiken wie die Verkehrs-, Landwirtschafts-, Energie- oder Bildungspolitik über ein Vielfaches an Einwirkungskraft auf die Raumentwicklung entfalten, als es die noch junge Agglomerationspolitik je haben kann.

Als hauptsächliche Erkenntnisquelle der vorliegenden Evaluation dienten Expertengespräche mit Projektleitern der Modellvorhaben und involvierten Wirtschaftsakteuren. Diese Fachpersonen geben in erster Linie die Erfahrungen mit denjenigen Politiken wieder, mit denen sie innerhalb ihres Aufgabenspektrums direkt konfrontiert werden. Das lässt erwarten, dass die verantwortlichen Fachpersonen eine qualifizierte Einschätzung über die möglichen Auswirkungen ihres Modellvorhabens vor dem Hintergrund der übrigen im relevanten Perimeter wirkenden Sektoralpolitiken abgeben können.

Zum ersten präsentieren sich die Modellvorhaben als erster Schritt und als Experimentierfeld für eine grossräumige Politik und die Herausbildung von grossräumigeren Gebietseinheiten.

Die verantwortlichen Stellen in allen Modellvorhaben stellen fest, dass ihre Modellvorhaben mit einer Reihe von weitreichenden Einflüssen aus aktuellen Politikentwicklungen konfrontiert sind. Dazu zählen etwa die Sparbeschlüsse des Bundesparlamentes in zahlreichen Politikbereichen sowie die wachsende Schwierigkeit, die flächendeckenden öffentlichen Dienstleistungen sowohl in den Agglomerationen als auch in den ländlichen Räumen im bisher bekannten Ausmass zu finanzieren. Dies führt nicht zuletzt zu Überlegungen, welche Regionen mit welchen Potenzialen ausgestattet sind und wie diese noch unausgeschöpften Möglichkeiten in Zukunft in Wert gesetzt werden können.

Zum zweiten können und sollten Agglomerations-Modellvorhaben genutzt werden, um ein Bewusstsein zu schaffen, dass Industrie, Gewerbe, Dienstleistungen, Landwirtschaft, Verkehrsinfrastruktur, Siedlungs- und Freiraumentwicklung letztlich eng miteinander verzahnt sind. Im Rahmen der Modellvorhaben wird das Bemühen offenkundig, diese Politikfelder zum Gesamtwohl der Region effizienter und wirksamer zu koordinieren. Ebenso gewinnt man durch die Interviews den Eindruck, dass das Bewusstsein gestiegen ist für die Notwendigkeit, Agglomerationsentwicklung durch die Schwerpunktbildung von Wirtschaftsaktivitäten zu unterstützen. Diese Spezialisierung innerhalb eines Agglomerationsraumes kommt allerdings nur durch vertrauensvolle Aushandlungsprozesse zwischen den Gemeinden voran. Die Antriebsgründe sind einmal der Druck, im Rahmen des Standortwettbewerbes kritische Grössen bei der Auslastung von existierenden Infrastrukturen zu erreichen. Zweitens versucht man durch eine Spezialisierung attraktiver zu werden für ähnlich ausgerichtete, wertschöpfungsstarke Wirtschaftsaktivitäten und stärkt damit in der Tendenz die Bildung von Wirtschafts-Clustern.

Über den Zusammenhang zwischen den Sachthemen hinaus zeigen die Evaluationsergebnisse deutlich, dass die gewählten Perimeter der Modellvorhaben und der Umgang mit den Disparitäten zwischen urbanen und nicht-urbanen Räumen ein bedeutsames Thema darstellen. Diese Thematik soll wo nötig offensiv in die Agglomerationspolitik eingebracht werden. Die Entwicklungsprozesse von Agglomerationen und von nicht-urbanen Räumen sind miteinander verflochten. Isolierte Politiken dienen nicht der Sache der Stärkung von räumlich verankerten Wertschöpfungssystemen. Hier zeigt sich zugleich das Dilemma der Kantone im Umgang mit ihren Agglomerationen: Die Städte und ihre Agglomerationen geniessen seit 1999 Verfassungsrang und erhalten politische Unterstützung durch den Bund. Die Kantone selber werden sich zunehmend der treibenden Entwicklungskraft ihrer Verdichtungsräume bewusst. Als Hüter der innerkantonalen räumlichen Kohäsion sind sie einerseits auf Ausgleich und Gleich-

behandlung der Teilgebiete des Kantons verpflichtet. Andererseits erkennen sie im Spannungsfeld des interkantonalen Standortwettbewerbes auch die Notwendigkeit, ihre urbanen „Joker“ ins Spiel zu bringen.

---

**Die Verstärkung der interdepartementalen Zusammenarbeit über Gemeinde- und Kantonsgrenzen hinweg sowie die Rolle von Lernprozessen der Akteure in den Modellvorhaben ist unabdingbar für verbesserte territoriale Governance. Dies wird umso mehr Früchte tragen, je besser die für den gemeinsamen Wirtschafts- und Lebensraum anfallenden Vorteile verdeutlicht werden können. Das bedeutet in funktionaler Hinsicht, dass Modellvorhaben verstärkt ihre potentiellen wirtschaftlichen Effekte hervorstreichen. In räumlicher Hinsicht drängt sich zudem der Partnerschaftsgedanke auf, die Agglomerations-Modellvorhaben bewusster auf die umliegenden periurban-ländlicheren Räume oder den alpin-touristischen Zentren ausstrahlen zu lassen.**

---

#### **4.5 Empfehlungen zum Controlling der Modellvorhaben**

In der Einleitung haben wir ein idealtypisches Wirkungsmodell der Modellvorhaben dargestellt. Die vorliegende Evaluation konzentriert sich auf Grund der eingangs dargelegten Überlegungen zur Messbarkeit und zu den zur Verfügung stehenden Mitteln auf einen Ausschnitt des gesamten Wirkungsspektrums. Es wird in erster Linie die Hypothese überprüft, dass die wirtschaftliche Ausrichtung der meisten Modellvorhaben in direkter oder indirekter Weise auf die verbesserte Koordination von Politiken zur Förderung der Wirtschafts- und Standortentwicklung zielt. Dessen ungeachtet muss öffentliche Politik periodisch auf ihre Wirkungen hin überprüft werden. Um den geeigneten Zeitpunkt für eine umfassendere, über die wirtschaftlichen Effekte hinaus reichende Evaluation der Agglomerations-Modellvorhaben zu bestimmen, sind sowohl sachlich-funktionelle Überlegungen als auch Überlegungen auf der politisch-strategischen Ebene notwendig.

Stellt man die Ablauflogik der noch jungen Modellvorhaben ins Zentrum der Abwägung, dann befinden sich die meisten Projekte noch in der ersten Findungsphase, wo unterschiedliche Projekterfahrungen gesammelt werden müssen. Diese Etappe wird nun bei einzelnen Vorhaben abgelöst durch die Strukturierungsphase und wird ab 2005 in eine Phase der Operationsfähigkeit übergehen, in der die Projektorganisationen mit „Vollbetrieb“ laufen. Weitere zwei Jahre später scheint der Zeitpunkt gegeben, eine umfassendere Zwischenevaluation der Modellvorhaben durchzuführen. Analyseergebnisse wären demnach Mitte 2008 verfügbar. Berücksichtigt man hingegen bei der Wahl des Evaluationszeitpunktes die politisch-strategische Agenda, dann wird erkennbar, dass Evaluationsergebnisse sinnvoller Weise in rascherer Folge in die Diskussion über die nationale Raumentwicklung eingespielen werden sollten. In den nächsten drei bis vier Jahren werden auf Bundesebene wesentliche Inhalte und Ziele der räumlichen Entwicklung neu formuliert werden, die als Bezugsrahmen einer Evaluation herangezogen werden müssen: der Raumentwicklungsbericht 2005, die Bearbeitung der Grundzüge der Raumordnung Schweiz sowie die Revision des Raumplanungsgesetzes bis 2007/8. Zudem zielt die Neue Regionalpolitik ebenfalls auf eine gesamtäumliche Sichtweise, in dem sie für die Politikformulierung von funktionsräumlichen Wechselwirkungen zwischen urbanen und nicht-urbanen Räumen der Schweiz ausgeht.

Welche der beiden Logiken zur Festlegung des Evaluationszeitpunktes auch bevorzugt wird, die Auswahl von Evaluationskriterien sollte der Zielhierarchie der Strategie Nachhaltige Entwicklung 2002 des Bundesrates folgen. Danach verfolgt Nachhaltige Entwicklung die drei



Zieldimensionen «ökologische Verantwortung», «wirtschaftliche Leistungsfähigkeit» und «gesellschaftliche Solidarität» (Bundesrat 2002). Konkretisiert werden diese Grunddimensionen danach in zehn Handlungsfeldern, unter anderem im Handlungsfeld „Raum- und Siedlungsentwicklung“. Es scheint daher geboten, die Auswahl der Evaluationskriterien in die drei Grunddimensionen der nachhaltigen Raumentwicklung zu gliedern. Dazu sind entsprechende Kriterien und Indikatoren zu identifizieren, die für die Charakteristika von lernprozessorientierten Agglomerations-Modellvorhaben relevant sind.

Um in der zukünftigen Zwischenevaluation der Modellvorhaben eine Abschätzung von direkten und indirekten Effekten durchzuführen, die dem Charakter der Modellvorhaben gerecht werden, schlagen wir auf der Grundlage der vorliegenden Evaluationserkenntnisse vier Kategorien von Evaluationskriterien vor. Die in Tabelle 1 zusammengestellten Kriterien und Indikatoren basieren primär auf den Aussagen aus den Interviews mit den Projektleitern der Modellvorhaben und bieten somit eine von uns strukturierte Orientierungshilfe. Sie sind allenfalls auch als Checkliste für ein Monitoring oder eine periodisch stattfindende Selbstevaluation gedacht.

Obwohl die Interviewpartner nach Kriterien für die Bewertung der wirtschaftlichen Effekte befragt wurden, liegt ein Schwerpunkt auf qualitativ-prozessbezogenen und indirekt wirtschaftsbezogenen Kriterien. Dies unterstreicht, dass eine ausschliesslich auf quantitative wirtschaftliche Kriterien abgestellte Evaluation den beabsichtigten institutionellen Lernprozessen des Modellvorhabens nicht gerecht würde. Eine Aussage eines unserer Interviewpartner untermauert diese Einschätzung: „Man müsste die Intensität, die Zielrichtung und Art und Weise der Zusammenarbeit bewerten. Auf der einen Seite müsste die Bewertung auf der instrumentellen Ebene, zum Beispiel an den Zielen regionaler Programme, ansetzen. Auf der anderen Seite müssten die konkreten Vorhaben auf der Projektebene bewertet werden, zum Beispiel die Schaffung eines regionalen Freiraumkonzeptes oder eines gemeinsamen Tarifverbundes“.

Die vorliegende Evaluation trägt diesen Einschätzungen in der untenstehenden Übersicht über potentielle Evaluationskriterien für die Agglomerations-Modellvorhaben Rechnung.

---

**Agglomerations-Modellvorhaben sollen in ein umfassendes Controlling der Raumentwicklung eingebunden werden, das Monitoring und Evaluation umfasst. Dabei ist ihrem experimentellen Charakter und ihrem auf Lernprozessen aufbauenden Ansatz durch die Auswahl geeigneter Evaluationskriterien Rechnung zu tragen. Diese Kriterien orientieren sich sinnvollerweise an der Strategie Nachhaltige Entwicklung des Bundesrates. Vorgeschlagen wird die folgende Prüfmatrix, die im Einklang mit den Zielen einer nachhaltigen Raumentwicklung steht (Tabelle 1).**

---

Tabelle 1: Kriterien für die Evaluation der Wirkungen von Agglomerations-Modellvorhaben

Kriteriendimension		ökologische Verantwortung	wirtschaftliche Leistungsfähigkeit	gesellschaftliche Solidarität
Direkte Wirkungen	quantitativ		<p>Entwicklung des Arbeitsplatzangebotes Indikator: Zahlen zur Arbeitsplatzentwicklung</p> <p>Einkommensentwicklung Indikator: Höhe des Volkseinkommens</p> <p>Eigentumsentwicklung im Bereich Wohnungen Indikator: Zahl/ Anteil der Zweitwohnungen</p> <p>Wirtschaftsdynamik Indikator: Zusammensetzung der Wirtschaftsstruktur; Anteil der wissensintensiven Aktivitäten; Anteil der exportorientierten Unternehmen mit mehr als 50 Prozent Exportanteil am Umsatz.</p> <p>Wertschöpfung Indikator: vorläufig vom Bundesamt für Statistik regional nicht ausgewiesen</p>	Entwickeln eines interkommunalen Nutzen-Lasten-Ausgleichs, gemeinsame Infrastrukturfonds für Agglomerationsverkehr im MIV und im öV
	qualitativ		<p>Verbesserung der Standortqualität Indikatoren: Branchenmix, weniger Beliebigkeit im Angebot der Branchen</p> <p>Verbesserung der Aussenwahrnehmung Indikator: müsste noch überlegt werden, wie die Aussenwahrnehmung gemessen werden kann, zum Beispiel Qualität der Werbeauftritte, Internetpräsenz.</p> <p>Bevölkerungsbefragung nach Differenz zwischen Fremd- und Eigenwahrnehmung</p>	

Kriteriendimension		ökologische Verantwortung	wirtschaftliche Leistungsfähigkeit	gesellschaftliche Solidarität
Indirekte Wirkungen	quantitativ	Verändern des Modal Splits sowie Stabilisierung des Gesamtverkehrsvolumens in Agglomerationen		<p>Bevölkerungsentwicklung Indikator: Einwohnerzahlen Effektivere Nutzung der Infrastruktur Indikator: Senkung der Ausgaben für Erholung, Sport und Kultur.</p> <p>Gelungene Wohnstrategie für den ländlichen Raum Indikator: Anzahl der Pendler, die vom ländlichen Raum in das Zentrum pendeln, gemessen entlang Zeitachse alle 10 Jahre.</p>
	qualitativ	Siedlungsentwicklung nach Innen und gleichzeitig Begrenzen der Siedlungsentwicklung an den Rändern		<p>Neue Zusammenarbeitsformen werden konsolidiert. Möglicher Indikator (Beispiel Kanton Bern): Agglomerationen führen Regionalkonferenzen ein.</p> <p>Neue Zusammenarbeitsformen werden praktisch „gelebt“, Mögliche Indikatoren: Stattfinden von Abstimmungen auf regionaler Ebene; Erarbeitung regionaler Konzepte; politische Einbindung relevanter Akteure, regelmässige Sitzungen der Akteure.</p> <p>Neue Zusammenarbeitsformen bringen Produkte/ Angebote hervor Indikatoren: Schaffung von Tarifverbund, regionale Abstimmung der Infrastruktur, Touristischen Angeboten in den Teilräumen</p>

## **5. Strategischer Ausblick**

### **5.1 Die nationale Raumentwicklungspolitik**

Die Agglomerationspolitik des Bundes stellt seit der Lancierung des Gesetzes über die Investitionshilfe für das Berggebiet (IHG) den ersten Versuch dar, die territoriale Organisation des Landes zu beeinflussen. Allerdings geht die Agglomerationspolitik – im Gegensatz zur Orientierung auf die Peripherien im Rahmen des IHG – von der entwicklungsbestimmenden Funktion der Gemeinden in den Verdichtungsräumen der Schweiz aus. Zudem hat der Bund mit den Modellvorhaben einen anreizorientierten Förderansatz gewählt. Dieser Ansatz unterstützt unterschiedlich gelagerte Initiativen zur Verbesserung der Zusammenarbeit raumwirksamer Sektoralpolitiken, ohne, dass vorgängig eine Veränderung der Gebietsstruktur vorausgesetzt wird.

Das Angebot des Bundes wurde in allen Landesteilen mit grossem Interesse und Engagement aufgenommen. Die gute Resonanz ist Ausdruck für das Bedürfnis in den Agglomerationen nach dem Einsatz von Modellvorhaben in der Politik. Die vorliegende Evaluation der wirtschaftlichen Effekte der Modellvorhaben zeigt ein deutlich gestiegenes Problembewusstsein über die anstehenden Herausforderungen für die territoriale Organisation in Verdichtungsräumen. Das Bewusstsein der Akteure gilt nicht nur für Schweizer Regionen, sondern wirft einen Blick auf das uns umgebende Ausland, insbesondere auf Deutschland und Frankreich, die einen Erfahrungsvorsprung in der Herausbildung von Agglomerationsregionen aufweisen. In einem zunehmend integrierten Europa manifestiert sich der Standortwettbewerb weniger zwischen Nationalstaaten als auf der Ebene von Agglomerations- und Metropolräumen. Vor diesem Hintergrund wird die Rolle der Eidgenossenschaft, insbesondere durch die Initiativen des Bundesamtes für Raumentwicklung und des Staatssekretariates für Wirtschaft als notwendig begrüsst auf dem Wege einer schrittweise effektiveren und effizienteren räumlichen Organisation des Landes.

### **5.2 Die kantonale Politik der Raumentwicklung**

Für die Schweizer Kantone erweist sich die Herausbildung von aktiven Agglomerationen als eine zentrale Entwicklung, um auch in Zukunft einen Angebotsumfang von öffentlichen Dienstleistungen bei sehr begrenzten Finanzmitteln sicher zu stellen. Die Verzettlung von Finanzmitteln und Entwicklungsstrategien von Gemeinden innerhalb des gleichen urbanen Verdichtungsraumes stellt einen Luxus dar, den sich kaum mehr ein Kanton leisten kann. Es ist damit die Suche nach wirksameren und effizienteren „Betriebsstrukturen“, welche die Kantone dazu bringt, die Agglomerationsthematik in die kantonale Entwicklungspolitik zu integrieren. Natürlich erleichtern dabei kreative und intelligente Agglomerations-Modellvorhaben die Bereitschaft, auf diese Bedürfnisse auch proaktiv einzugehen. Die Kantone dürfen sich dabei nicht aus falsch verstandener Verantwortung für das gesamtterritoriale Wohl bei der Unterstützung ihrer Verdichtungsräume zurückhalten. Es erscheint angesichts knapper werdender öffentlicher Finanzmittel geradezu geboten, pointierte teilräumliche Strategien zu entwickeln. Die Stärkung der Leistungsfähigkeit urbaner Räume wird in einer wachsenden Zahl von Schweizer Kantonen als zentrale Aufgabe erkannt.

Die Modellvorhaben zielen auf die Entwicklung von interkommunalen Strukturen der Zusammenarbeit. Damit stellen sie eine Grundvoraussetzung für eine effiziente Erstellung öffentlicher Güter und Dienstleistungen dar, denn diese Vorhaben ermutigen eine verbesserte vertikale und horizontale Koordination unterschiedlicher Sektoralpolitiken sowohl auf kommunaler wie auf kantonaler Ebene. Territorial Governance der kommunalen und kantonalen Verwaltungsstellen wird mit diesen Modellvorhaben gestärkt. Insbesondere gelingt es, neue Herangehensweisen für jene Probleme zu erproben, welche kommunale Grenzen über-

schreiten. Die Agglomerations-Modellvorhaben helfen zwei Fragen zu beantworten: welche Probleme manifestieren sich überkommunal und müssen daher auch auf überkommunaler Ebene einer Lösung zugeführt werden; welche Probleme treten vor allem kommunal auf und können daher auch vor Ort gelöst werden?

### **5.3 Der Beitrag für Wirtschaft und Unternehmen**

Gelingt es den öffentlichen Händen in den Agglomerationen, ihre Güter und Dienstleistungen effizienter und wirksamer zu erbringen, so sind dadurch die Unternehmen unmittelbar angesprochen und interessiert. Auf der einen Seite signalisieren konzisere, überkommunal abgestimmte Strategien und die Konzentration auf strategische Entwicklungsprojekte den Unternehmen, dass ihre Investitionen vor Ort in einem funktions- und leistungsfähigeren Raum gedeihen können. Dies kann neben anderen Randbedingungen die Investitionsunsicherheit reduzieren und kann zweitens mittelfristig zu einer sinkenden oder wenigstens stabil bleibenden Steuerbelastung für die Unternehmen und ihre Mitarbeitenden führen.

Die vorliegende Evaluation zeigt, dass die Anforderungen an die Managementfähigkeit und –kapazität der Modellvorhaben nicht zu unterschätzen sind. Gelingt es dabei tatsächlich, eine leistungsfähige Struktur zu entwickeln, dann werden Doppelspurigkeiten in den Gemeinden abgebaut. Unternehmen erfahren dies im Idealfall durch direktere und klarere Entscheidungswege. Im Falle der Modellvorhaben wird ihnen die Gelegenheit geboten, sich an solchen strategischen Entwicklungsprozessen aktiv zu beteiligen. Die Modellvorhaben sind damit sowohl in ihren institutionellen als auch in ihren inhaltlichen Auswirkungen ein willkommener Beitrag, die funktional ausgerichteten Wirtschaftsräume mit den hoheitlich definierten Politikräumen näher zueinander zu führen.

### **5.4 Schlussbemerkung**

Die Agglomerations-Modellvorhaben tragen zur Herausbildung von funktionsfähigen urbanen Verdichtungsräumen bei, die den dreiteiligen Staatsaufbau der Schweiz mit Bund, Kantonen und Gemeinden ergänzen. Sowohl in der Schweiz als auch in den Nachbarländer spielen die Agglomerationen eine strategische Rolle für die Raumentwicklungspolitik. Die Modellvorhaben können dabei als ein erster wichtiger Schritt in Richtung von „Grossregionen“ betrachtet werden, wie sie im Vorschlag des Bundesrates zur Neuen Regionalpolitik formuliert sind.

Die Modellvorhaben sind als Instrument der Bundespolitik der Versuch, mit einem „von oben“ kommenden Anreizsystem eine „von unten“ – das heisst von Gemeinden und Kantonen – zu erfolgende intelligente Antwort zu stimulieren. Ziel ist es dabei, neue Planungs- und Organisationsräume zu entwickeln, die dank eines experimentell angelegten Prozesses in die Richtung einer erneuerten territorialen Organisation des Landes weisen. Zentral dabei ist die Tatsache, dass Gebietsreformen – zum Beispiel die Vereinigung von Gemeinden – nicht Voraussetzung, sondern längerfristige Folge ist. Auf diesem Wege sind Behörden und Verwaltungen der Gemeinden und Kantone mit ausreichend Lernerfahrungen konfrontiert, um neuartige Zusammenarbeitsstrukturen auszuprobieren, die auch wieder verworfen werden dürfen. Hierin kann ein Sinn eines kompetitiven Föderalismus in grösserräumigen Einheiten liegen.

Die Rolle der Agglomerationspolitik des Bundes und seiner Modellvorhaben für eine effizientere Organisation und Entwicklung der Agglomerationsräume trägt dazu bei, die Trends der Marktkräfte zur funktionsräumlichen Konzentration aufzunehmen. Dies ist letztlich kein geringer Beitrag, damit die Schweiz als kleine und offene Volkswirtschaft ihre Leistungskraft im internationalen Standortwettbewerb erhalten kann.

## Literatur

Arbeitsgruppe wirtschaftliche ESP (Hrsg.) (2004): Wirtschaftliche Entwicklungsschwerpunkte (ESP) im Kanton Bern, 5. Zwischenbericht an den Regierungsrat des Kantons Bern Jan 1999-März 04, Bern.

Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) (2004): Standortbestimmung des ARE zu den Modellvorhaben vom Frühjahr 2004 (internes Papier).

Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) (2003): Kurzübersicht über Zweck, Charakter und Inhalt eines Agglomerationsprogramms.

[www.are.ch](http://www.are.ch), Kurzinformationen zu den Modellvorhaben.

Richli, P. (1997): Reflexion über institutionelle Strukturen aus rechtlicher Perspektive. In: Thierstein, A.; Walker, D.; Behrendt, H.; Egger, U.K. Tatort Region - Veränderungsmanagement in der Regional- und Gemeindeentwicklung. 1. Nomos, Baden-Baden. 105-127.

Schweizerischer Bundesrat (2002): Strategie Nachhaltige Entwicklung, Bern.

Schweizerischer Bundesrat (2004): Realisierungsprogramm 2004-2007. Massnahmen des Bundes zur Raumordnungspolitik Grundlage für die Bundesverwaltung, Bern.

Staatssekretariat für Wirtschaft (seco) (2004). Neue Regionalpolitik. Erläuternder Bericht.

## **Anhang 1**

### **Leitfaden für die Gespräche mit den Verantwortlichen der Modellvorhaben**

#### **Einstieg**

Kurze Charakterisierung des Agglomerations-Modellvorhabens.

Rolle des Gesprächspartners im Modellvorhaben

#### **1\_Beteiligte Wirtschaftsakteure**

Welche Wirtschaftsakteure sind direkt oder indirekt an dem Modellvorhaben im Rahmen der Agglomerationspolitik des Bundes beteiligt?

#### **2\_Budget**

Was sind die Finanz- und Personalressourcen bezogen auf die Laufzeit? Wer stellt wie viel? Wieviele Ressourcen stehen für das eigentliche Projektmanagement zur Verfügung?

#### **3\_Wirkungen aus dem Bereich des Teilziels Wirtschaftsentwicklung**

Lassen sich in dem Modellvorhaben bereits Wirkungen aus dem Teilziel der Wirtschaftsentwicklung nachweisen?

#### **4\_Berücksichtigung des Teilziels der Wirtschaftsentwicklung**

Wie weit wird das Teilziel der Wirtschaftsentwicklung im Rahmen der nachhaltigen Raumentwicklung in dem Modellvorhaben berücksichtigt?

#### **5\_Kriterien zur Erfassung wirtschaftlicher Effekte**

Welche Kriterien erachten Sie als geeignet zur Erfassung der wirtschaftlichen Effekte, wenn Sie sich vorstellen, das Projekt in 5-10 Jahren zu bewerten?

#### **6\_Wirtschaftsentwicklung durch verbesserte vertikale und horizontale Koordination**

Wird das Teilziel der wirtschaftlich nachhaltigen Raumentwicklung auch durch die verbesserte vertikale und horizontale Koordination von agglomerationsrelevanten Sektoralpolitiken erreicht?

#### **7\_Parallel einwirkende Massnahmen und Politiken**

Welche parallel einwirkenden Massnahmen oder Politikentscheide beeinflussen – möglicherweise in weit stärkerem Masse - die wirtschaftliche Entwicklung der Gemeinden und Kantone, die im Agglomerations-Modellvorhaben beteiligt sind?

#### **8\_Ausstrahlung des Modellvorhabens in periphere Gebiete**

In welchen Politikfeldern und mit welchen Massnahmen sehen Sie Handlungsmöglichkeiten, um die erhofften positiven wirtschaftlichen Effekte des Modellvorhabens in peripherere Gebiete ausstrahlen zu lassen?

#### **9\_Einbindung der Wirtschaftsakteure**

Wie liessen sich allenfalls Wirtschaftsakteure ins laufende Modellvorhaben einbinden?

Gibt es „politisch-wirtschaftliche Köpfe“ (Politische Unternehmer/ unternehmerischer Politiker), die an einem solchen Projekt ziehen, ihm Leben einhauchen?

#### **10\_„Zauberstab“**

Wenn sie einen Wunsch frei hätten, was wünschen sie sich für die Zukunft des Modellvorhabens?

## **Leitfaden für die telefonischen Kurzinterviews mit den Wirtschaftsakteuren**

1. Inwieweit ist Ihnen das Modellvorhaben xy bekannt/ inwiefern haben Sie damit zu tun?
2. Bringt das Modellvorhaben aus Ihrer Sicht einen direkten oder indirekten Nutzen für die Wirtschaftsbranchen der Region?
3. Sollten und könnten Wirtschaftsvertreter und Standortförderer mehr als bisher in das Modellvorhaben eingebunden werden?



## **Anhang 2**

### **Liste der Interviewpartner**

(in der Reihenfolge der Steckbriefe)

#### **Verantwortliche der Agglomerations-Modellvorhaben**

Hubert Jaquier, Chef du Service de l'urbanisme et de l'environnement de la Ville de Delémont

Christoph Miesch, Amt für Gemeinden und Raumordnung, Kanton Bern

Stefan Pfäffli, Institut für Betriebs- und Regionalökonomie, Hochschule für Wirtschaft Luzern

Denis Décosterd, Projektleitung der Lausanne Région

Nicole Surchat, Cheffe du SAT du canton de Vaud.

Paul Pfister, Baudepartement Aarau, Abteilung Raumentwicklung

Bernard Woeffrey, Chef du SAT du canton de Neuchâtel

Dr. Boris Spycher, Projektleiter, Amt für Raumplanung Graubünden

Urs Inäbnit, Regionalplanung Oberland Ost

Philippe Brun, Projektleiter beim DAEL

#### **Wirtschaftsakteure**

Luc Malnati, Fondation des Terrains Industriels du Canton de Genève (FTI)

Herrn Bättig, Hauseigentümerverband Kanton Bern

Urs Blaser, Wirtschaftsförderung Region Olten

Stefan Rupp, Geschäftsführer der Freizeit Graubünden AG

Herrn Ingold, Präsident des Handels und Industrievereins (HIV) Interlaken-Oberhasli

**Wir danken allen Interviewpartnern für ihre Gesprächsbereitschaft.**